:antifaschistische nachrichten

Nr. 19

g 3336 25.9.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de



Demonstration des Bündnis „Köln stelllt sich quer Fotos: www.arbeiterfotografie.com

Eine Stadt stellte sich quer!

Zigtausende verhinderten Rassistentreffen

Köln. Schon in der Woche vor dem Kongress war klar: ihren sog. Anti-Islamisierungskongress so durchzuziehen wie geplant, würde angesichts der Gegenmobilisierung schwer für „pro Köln". Tag für Tag berichteten sämtliche Kölner Zeitungen über weitere Aktionen und veröffentlichten Stellungnahmen gegen das europäische Rassistentreffen. Kaum eine Institution, Organisation in Köln, die nicht Stellung bezog. Ganzseitige Anzeigen mit Aufrufen zur Beteiligung an den Protesten erschienen sowohl im Kölner Stadt-Anzeiger als auch im Boulevard-Blatt Express. Am Freitag riefen noch einmal Prominente aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport dazu auf, sich den Demonstrationen anzuschließen.

Aktionen begannen schon am Freitag

Für den Freitag hatte „pro Köln" eine Pressekonferenz mit anschließender Stadtrundfahrt durch „Problemviertel" geplant. Für die Pressekonferenz war die Bezirksvertretung Nippes angewiesen worden, Räume zu stellen, aber Bernd Schössler, Bezirksbürgermeister, rief zu einer Sondersitzung der Bezirksvertretung auf. Angesichts der vielen Menschen, die sich frühmorgens am Bezirksrathaus einfanden, fand eine Kundgebung unter freiem Himmel statt. „pro Köln", so hieß es, werde jetzt im Bezirksrathaus Rodenkirchen die Pressekonferenz durchführen.

Auch da warteten bereits empörte Kölnerinnen und Kölner auf sie und vorsichtshalber hatte man auch schon ein Schiff geordert, die „Moby Dick" der Bonner Personenschifffahrt. Fluchtartig begab man sich dorthin und legte ab, die englische Delegation und auch zahlreiche Journalisten schafften es nicht mehr an Bord zu kommen. Dann begann eine mehrstündige Irrfahrt über den Rhein.

Wo „pro Köln" anlegen wollte, da war schon jemand! Erst gegen 15.30 Uhr legt das Schiff am Anleger Zoobrücke an. Die bestellten Busse holen „pro Köln" und Gäste nicht ab, sie haben den Vertrag gekündigt. Die Polizei verbietet die geplante Tour durch Kölner Stadtteile (laut „pro Köln" „Problemviertel") und empfiehlt, Taxis zu bestellen, um wegzukommen. Die Kölner Taxifahrer sind informiert und meiden weiträumig den Bereich Zoobrücke/Konrad-Adenauer-Ufer. Zivilpolizei bringt schließlich die Rechten zu ihrem Hotel, wo ihnen aber inzwischen die Zimmer gekündigt wurden.

In den „Problemvierteln" können die vielen Menschen, die sich auf den Empfang der rechten Truppe vorbereitet hatten, ihre Aktionen beenden.

Allein 500 finden sich in Ehrenfeld vor der Moschee ein, türkische und deutsche Anwohner, aber z.B. auch Alt-Oberbürgermeister Norbert Burger, die Kölner SDP-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün, der Kölner Polizeipräsident Klaus Steffenhagen und auch der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet (CDU). Eine Menschenkette wird rund um die Moschee gebildet.

In Mülheim sind es zeitweise 100 Menschen, die auf den „pro Köln"-Bus warten, spontan werden Reden gehalten, Musik gemacht, Wirte bringen Tee.

Abends findet ab 19 Uhr in der Innenstadt eine Demonstration aus dem Spektrum autonomer antifaschistischer Gruppierungen statt, an der sich ca. 1000 Menschen beteiligen.

weiter Seite 8



Alle Zugänge zum Heumarkt sind dicht

Aus dem Inhalt:

Dozent auf Abwegen

LINNICH/KREIS DÜREN. Der Historiker Dr. Mario Kandil wirkte bislang als Dozent u.a. an den Volkshochschulen in Düren und Aachen. Dort hielt er Vorträge über den „Abstieg der bundesdeutschen Parteiendemokratie“ oder „Die Affäre Guillaume – das Ende der Ära Brandt“. Im Jülicher „Hotel Kaiserhof“ referierte Kandil beim Förderverein „Festung Zitadelle Jülich“ über die Spekulationen um die Todesursache Napoleons und auch bei der „Preußischen Tafelrunde“ der „Landsmannschaft Ostpreußen“ in Köln war Kandil schon eingeladen.

Ende August sollte der Linnicher auf einer „Zeitgespräche“-Tagung der einschlägig rechten Verlage „Druffel & Vowinckel“ als Redner zum Thema „Der Vertrag von Brest-Litowsk – Zwischenspiel oder neue Ordnung für Osteuropa ?“ auftreten. Das „8. Erlebnis-Wochenende Geschichte“, das die geschichtsrevisionistische Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ mit Sitz im bayrischen Inning ausrichtet, fiel aufgrund der Intervention von AntifaschistInnen erst einmal aus. Bereits im vergangenen Jahr hatte Kandil auf dem „7. Erlebnis-Wochenende“ des Verlags in Potsdam über das „Goldene Zeitalter der Kunst“ im kaiserlichen Deutschland gesprochen.

In einem Bericht über die Tagung auf der Webseite von Verlagschef Gert Sudholt, ehemals Vorsitzender der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP), wird Kandil als „ständiger Mitarbeiter“ der Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ bezeichnet. Dort finden sich Kandils Texte neben Beiträgen von Andreas Molau, Pressesprecher der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern und amtierender Vorsitzender der „GfP“ und Rudolf von Ribbentrop, dem Sohn des früheren Nazi-Reichsaußenministers, der der Zeitschrift „Der Freiwillige“ entnommen ist, die von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS gegründet wurde.

Von der Dürener Antifa mit diesen Informationen konfrontiert, erklärte der Dürener VHS-Leiter Horst Bertram am vergangenen Dienstag: „Wir werden diesen Vorwürfen nachgehen und den Historiker bis zur Klärung des Sachverhalts nicht mehr als Referenten einsetzen.“

hma ■

DVU-Gedenken in Esens

ESENS. Erneut mobilisiert der DVU-Kreisverband Ostfriesland zu einem „stillen Gedenken mit Kranzniederlegung“ am 27.9. auf den Friedhof der Stadt Esens. Anlass ist der Jahrestag des „Terror-Bombenangriffs“, so die DVU, auf Esens im September 1943, bei dem 165 Menschen starben.

Treffen will sich die DVU um 10.45 Uhr vor dem Friedhof. Kontaktadresse für den Aufruf, der u.a. in der „Deutschen Nationalzeitung“ abgedruckt wurde, ist der langjährige DVU-Aktivist Richard Carls (Saterland).

Auch Aktivisten der „Autonomen Nationalisten Ostfriesland“ hatten bislang an der Gedenkfeier teilgenommen.

Unterdessen mehrt sich die Kritik an der Stadt Esens bezüglich des Umgangs mit dem alljährlichen rechten Treiben. Die Argumentation der Stadt „sei substanzlos, ausgezehrt, defensiv bis zur Gleichgültigkeit, politisch entkernt und rhetorisch schwach“, beklagt ein Leserbriefschreiber in der lokalen Zeitung. Auch unter den Urlaubsgästen in der Region macht sich Unmut breit. „Zur Reaktion der Stadtoberen kann ich nur sagen“, so ein Gast, „Esens als Nazi-Biotop“ ist für uns Urlauber auch nicht mehr sonderlich attraktiv“. *hma* ■

Sachs statt Miegel

HEIDEN. In Heiden bei Borken ist die Agnes-Miegel-Straße in Nelly-Sachs-Straße umbenannt worden. Mitglieder von „Bündnis 90/Die Grünen“ hatten eine Initiative von Anwohnern aufgegriffen, die die enge Verstrickung der Dichterin mit dem Naziregime moniert hatten. Als man 1991 die Straße nach Miegel benannt habe, „sei offenbar nicht bekannt gewesen, dass die Dichterin eine bekennende Verehrerin nationalsozialistischen Gedankenguts gewesen sei“, so die „Borkener Zeitung“. Im Juni stimmten die Vertreter aller Parteien im Gemeinderat der Namensänderung zu. Die neuen Straßenschilder wurden bereits angebracht. *hma* ■

Gute 68er – Böse 68er

BERLIN. Am 11. und 12. Oktober will die „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG) im Berliner Rathaus am Alexanderplatz einen Kongress unter dem Motto „1968 – ein Jahr der Weichenstellung. Freiheitsbestrebungen im Osten – Dogmatismus im Westen?“ durchführen. Dabei wollen die Veranstalter „die Differenz zwischen dogmatischen linken Denkkonstruktionen in den Reihen der westlichen Studentenbewegung und dem Streben nach Selbstbestimmtheit und Demokratie im Osten“ diskutieren und das Erbe der 68er Bewegung in der heutigen Gesellschaft beleuchten. Zu den Eröffnungsrednern der Konferenz soll u.a. der Botschafter der Tschechischen Republik, Dr. Rudolf Jindrak, gehören. Neben dem Politologen Prof. Dr. Gerd Langguth und dem ehemaligen wissenschaftliche Leiter des Forschungsverbund SED-Staat, Prof. Dr. Manfred Wilke, soll auf dem von der „Stiftung Aufarbeitung“ geförderten Kongress auch Prof. Dr. Klaus Motschmann als Referent auftreten. Motschmann ist langjähriger Autor der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“. 1983 fand sich Motschmanns Name unter einem Aufruf „An die Regierenden“ wieder, in dem es u.a. heißt:

„Wir fordern sie auf, die Ausländer heimzuführen, damit sie ihren Völkern erhalten bleiben, anstatt sie hier zu assimilieren, zu integrieren, zu „germanisieren“. Helfen Sie ihnen in ihrer Heimat nach dem Grundsatz: „Maschinen zu den Menschen, nicht aber Menschen zu den Maschinen!“. In den 90er Jahren gehörte Motschmann dem „Förderkreis Gerhard Kaindl“ an. Der 1992 bei einer gewaltsamen Auseinandersetzung ums Leben gekommene Kaindl war Funktionär der neofaschistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. Der in Schweden lebende rechte Publizist Ulrich Schacht, ebenfalls Autor in der „Jungen Freiheit“, soll an einer Podiumsdiskussion auf dem Kongress teilnehmen. Als Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“ tat sich auch Dr. Detlef Gojowy hervor, der zu einem Vortrag „mit Klangbeispielen“ erwartet wird. Eine „kritische Analyse“ des Erbes der 68er Bewegung in der heutigen Gesellschaft soll die Publizistin Bettina Röhl beisteuern. Die hatte sich in der Vergangenheit als Autorin u.a. in der „politisch unkorrekten“ Zeitschrift „Campo de Criptana“ und dem „Deutschland-Magazin“ der rechtskonservativen „Deutschland-Stiftung“ versucht. Der Projektleitung des Kongresses gehört Siegmar Faust an. Der „Kulturbeauftragte“ der UOKG war Autor in den verschiedensten einschlägig rechten Publikationen. 1987 war Faust als Referent beim neofaschistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) in pfälzischen St. Martin aufgetreten. Faust hatte sich auch mit dafür eingesetzt, das eine ehemalige Aufseherin eines Außenlagers des KZ Ravensbrück 1994 eine beachtliche Entschädigung für ihre „erlittene“ Haft in der DDR erhalten hatte. *hma* ■

Einweihung des neu gestalteten Denkmals für die Opfer des Wiesnattentats

MÜNCHEN. Am Freitag, den 12.9.2008 wurde das neu gestaltete Denkmal für die Opfer des rechtsextremen Bombenanschlags vom 26.9.1980 eingeweiht. Mit dieser Einweihung kommt ein Projekt zum Abschluss, das die Grünen vor über drei Jahre initiiert und intensiv begleitet haben.

Siegfried Benker, Fraktionsvorsitzender: „Nach den Gedenkveranstaltungen zum 25. Jahrestag des Bombenanschlages 2005 habe ich für die Grüne Stadtratsfraktion den Antrag gestellt, das Denkmal würdiger zu gestalten und deutlicher an die Opfer zu erinnern. Nach mehrjähriger Debatte ist es gelungen, hierfür eine überzeugende Umsetzung zu erhalten.

Das Denkmal zeigt jetzt die Wucht und die Gewalt dieses Anschlages. Es vermittelt durch die zerfetzte Außenhülle und die im Boden eingelassenen Eisenfetzen wenigstens etwas von der zerstörerischen Gewalt der Explosion. Dieses Denkmal wird auch zur Wiesnzeit wahrgenommen werden – im Gegensatz zur bisherigen „oktoberfestkombatiblen“ Gestaltung, die die Wiesnbesucher nicht stören konnte. Das neue Denkmal setzt ein unübersehbares Zeichen des Erinnerns am Haupteingang.

Wichtig ist auch, dass die Namen der Opfer jetzt deutlich hervortreten. Durch eine ergänzende Erläuterungstafel, wenige Meter vom Denkmal entfernt, wird demnächst auch endlich auf den rechtsextremen Hintergrund des Anschlages hingewiesen. Ich bin froh, dass sich nach langer Debatte eine große Mehrheit im Rathaus unserer Initiative angeschlossen hat.“

www.siegfried-benker.de,München ■

Pro Köln: Rechtsextrem oder rechtspopulistisch?

KÖLN. „Feindbild Islam – Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen“ – wenn eine Veranstaltung einen solch sperrigen Titel trägt, überdies als „Fachtagung“ angekündigt wird und noch dazu ganztägig an einem Samstag stattfindet, liegt die Vermutung nahe, dass es sich um ein Treffen weniger Spezialist(inn)en handelt. Nichts aber wäre falscher als das genannte Vorurteil. Im Gegenteil, die Veranstalter, die Kölner „Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus“ und die „Arbeitsstelle Neonazismus“ an der Fachhochschule Düsseldorf, hatten den Nerv so vieler Menschen getroffen, dass der Raum in der Volkshochschule nicht ausreichte und sogar Interessent(inn)en abgewiesen werden mussten. Das war zu einem kleinen Teil sicher auch den Rassisten von pro Köln zu verdanken, die mit der großspurigen Ankündigung eines „Antiislamisierungskongresses“ schlagend bewiesen hatten, wie nötig es ist, sich auch inhaltlich mit ihrer Demagogie zu beschäftigen.

Gelegenheit dazu bot die Veranstaltung, an der schätzungsweise 120 Besucher(innen) teilnahmen, reichlich. Vor allem das einleitende Referat der Soziologin Dr. Karin Priester (Uni Münster) mit dem Thema „Populismus als Protestbewegung“ enthielt eine Menge an Informationen und Diskussionsstoff. In 15 Thesen spürte sie den Zusammenhängen zwischen der Legitimationskrise der bürgerlichen Parteien (in diesem Fall vor allem von CDU und CSU), dem darauf beruhenden Abbröckeln von deren rechten Rändern und dem Zusammenhang zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus nach. Als „rechtspopulistisch“, einem Attribut, dass Gruppen wie pro Köln oft verliehen wird und mit dem diese sich gerne schmücken, bezeichnete Frau Dr. Priester vor allem deren Technik der politischen Aktivitäten. Inhaltlich geht es nach ihrer Auffassung um knallharte Rechtspolitik, um ein neues Standbein von Leuten, die keinerlei Berührungsangst mit offen neonazistischen Gruppierungen haben, im bürgerlichen (im soziologischen Sinn) Lager. Demokrat(inn)en hätten die Aufgabe, die angeblichen Bürgerbewegungen zu bekämpfen und die „schweigende Mehrheit“, deren Stimme Rouhs & Co. sein wollten, zurück zu gewinnen.

Die Veranstalter kündigten an, die Beiträge der Tagung in schriftlicher Form zu veröffentlichen – für Linke wird es sich mit Sicherheit lohnen, Priesters Argumente zu durchdenken und zu diskutieren.

Als zweiter Referent befasste sich Dr. Michael Kiefer mit dem Thema „Islam und Integration – Versäumnisse, Barrieren und Entwicklungsmöglichkeiten“. Er stellte die gut 40-jährige Geschichte der massenhaften Einwanderung von Muslimen sowie die von beiden Seiten mit großen Problemen behafteten Versuche der Integration des Islam in die zumeist christliche Mehrheitsgesellschaft dar. Kritisch sei angemerkt, dass er sich in erster Linie auf den religiösen Bereich beschränkte. Die Tendenz von (nicht nur) rechten Islamkritikern, Probleme, die in erster Linie soziale Ursachen haben religiös oder kulturell aufzuladen, um damit rassistische Hetze zu betreiben, spielte nur eine untergeordnete Rolle.

Vier Arbeitsgruppen deckten die gesamte Spannweite des Themas ab und erbrachten qualitativ recht unterschiedliche Ergebnisse. Eine Podiumsdiskussion, an der Bekir Alboga (DITIB), Dr. Micha Brumlik (Universität Frankfurt), der Theologe Dr. Thomas Naumann (Universität Siegen) und der Wiener Autor Robert Misik teilnahmen, schlossen die Tagung ab.

Dabei zeigten sich insbesondere Alboga und Brumlik als Meister in der Kunst der Diplomatie: Während der eine nicht einräumen wollte, dass auch die DITIB Fehler vor allem bei der Öffentlichkeitsarbeit gemacht habe, kritisierte der andere die islamfeindlichen und dem Rassismus Vorschub leistenden Ausfälle Ralf Giordanos, ohne ihn allzu hart anzufassen. *tri* ■

Demonstration für Nationales Jugendzentrum

KÖNIGS WUSTERHAUSEN. Für den 4. Oktober 2008 rufen NPD und die ,,Freien Kräfte KW“ unter dem Motto ,,Jugend braucht Perspektive – hier und jetzt!“ zu

→



Wegsehen ist Zustimmung! Kreatives Basteln in Hassfurt

In Hassfurt haben sich Unbekannte, kreativ mit den Wahlplakaten rechter Parteien auseinander gesetzt. NPD und Republikaner Parolen, die derzeit überall wegen der bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern zu sehen sind, wurden dazu verwendet, um einen Schriftzug zu basteln. Der Duktus lautet: „Wegsehen ist Zustimmung“. Die „Künstler“ haben die Buchstaben aus den Plastiktafeln herausgeschnitten, an einem dünnen Seil befestigt und vor dem Nebeneingang des alten Rathauses am Marktplatz befestigt. Seither ist das „Kunstwerk“ dort zu bestaunen. Viele Passanten haben bereits reges Interesse gezeigt. *nachrichten&standpunkte schweinfurt* ■

einer Demonstration in Königs Wusterhausen auf.

Hinter der Parole steht wieder einmal der Wunsch der Neonazis nach einem ,,Nationalen Jugendzentrum“, ein ,,Jugendzentrum“ natürlich nur für ,,Nationale“, sprich ,,Deutsche“. Ein „nationales Jugendzentrum“ forciert dabei den Ausschluss von Menschen, die nicht in das Weltbild der Neonazis passen. Im Klartext geht es den Nazis um einen Raum zur ungestörten Agitation und Schulung von rechtsradikalem Nachwuchs.

Bereits im Oktober letzten Jahres marschierten 300 Neonazis mit der Forderung nach einem ,,Nationalen Jugendzentrum“ durch die 30.000 EinwohnerInnen Stadt. Ermöglicht wurde ihnen dies von einem Großaufgebot der Polizei, die mit 800 BeamtInnen ,,im Einsatz“ war, um den Neonazis in letzter Konsequenz die Straße frei zu prügeln. So wurden mehrere Sitzblockaden aufgelöst, sowie 79 GegendemonstratInnen am Rande antifaschistischer Gegenaktivitäten in Polizeigewahrsam genommen. Trotzdem kam es zu einer Reihe erfolgreicher Aktionen gegen TeilnehmerInnen des neonazistischen Aufmarschs, die auch die Polizei trotz all ihrer Bemühungen nicht verhindern konnte.

Dass die Neonazis gerade in Königs Wusterhausen mit einer solchen Forderung auf die Straße gehen, kommt nicht von ungefähr. Die Geschichte rechtsradikaler Organisationen und Gewalttaten im Raum Königs Wusterhausen lässt sich bis in die 1990er Jahre zurückverfolgen und auch im Jahre 2008 ist der Neonazisumpf in Königs Wusterhausen keinesfalls ausgetrocknet.

So wurde auch in der ersten Jahreshälfte 2008 mehrfach versucht, AntifaschistInnen und deren Veranstaltungen zu stören und anzugreifen.

Darüber hinaus pflegt die Szene intensive Kontakte zu Berliner und Brandenburger Neonazis. Es kommt regelmäßig zu gemeinsamen Aktionen mit AktivistInnen und Zusammenhängen aus Berlin, Teltow-Fläming, Lübben und Cottbus, die, wie im Mai 2008 bei einer kurzfristig mobilisierten Spontandemo von knapp 100 Neonazis aus besagten Regionen durch KW deutlich wurde, eng miteinander vernetzt sind.

Neben dem NPD-Ortsverband, den personell eng mit ihm verbundenen sogenannten ,,Freien Kräften KW“, und einem nicht zu vernachlässigendem Potenzial an unorganisierten Neonazis, ist KW auch die Stadt der neonazistischen Modemarke ,,Thor Steinar“, deren Vertrieb im Ortsteil Zeesen angesiedelt ist. Darüber hinaus befindet sich in Bahnhofsnähe der auf die UrheberInnen der rechten Modemarke zurückgehende Naziladen ,,Explosiv“, in dem die Produktpalette von ,,Thor Steinar“ zu erwerben ist.

Grund genug, es nochmal zu versuchen: ,,Kein Naziaufmarsch in Königs Wusterhausen!“ Werdet aktiv, bildet Aktionsgruppen und legt los, um diesen Aufmarsch zum Desaster zu machen!

Achtet auf weitere Ankündigungen unter www.aakw.de.vu

Quelle: Autonome Antifa Königs Wusterhausen ■

Kundgebung zum Prozess gegen Josef Scheungraber in München am 15.9.08

MÜNCHEN. Zum Beginn der Hauptverhandlung gegen Josef Scheungraber, ehemaliger Wehrmachtsleutnant, Mitglied des Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V. und Träger von dessen „Goldener Ehrennadel“, veranstaltete der AK Angreifbare Traditionspflege am 15. September 2008 um 8 Uhr eine Kundgebung vor dem Landgericht München. In der Pressemitteilung des Arbeitskreises Angreifbare Traditionspflege heißt es dazu:

„Der AK Angreifbare Traditionspflege nimmt die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen 14-fachen Mordes gegen den Gebirgsjäger Scheungraber durch die 1. Strafkammer des Landgerichts München mit skeptischer Genugtuung zur Kenntnis. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wird ein Mitglied des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V.“ wegen eines Kriegsverbrechens vor Gericht gestellt. Der heute 89-Jährige soll 1944 als Kompanieführer eines Gebirgs-Pionier-Bataillons die Ermordung von 14 Zivilpersonen in dem italienischen Dorf Falzano di Cortona (bei Arezzo) angeordnet haben.

Protest beim Gebirgsjägertreffen, Mai 2008

Der in Ottobrunn bei München lebende Rentner wurde deswegen bereits am 28. September 2006 in Italien durch das Militärgericht in La Spezia in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt, wird aber nicht nach Italien ausgeliefert. Nach den Feststellungen des italienischen Gerichts kommandierte Scheungraber im Sommer 1944 die 1. Kompanie des Gebirgs-Pionier-Bataillons 818, welches in Mittelitalien den deutschen Rückzug sichern sollte. Die Truppe war nicht an der Front eingesetzt und hatte nur wenige Verluste. Am 26. Juni 1944 erschossen Partisanen einen Unteroffizier und einen Gefreiten des Bataillons, die gerade Lebensmittel, ein Pferd und ein Fuhrwerk auf einem Bauernhof beschlagnahmten. Der Kommandeur des Bataillons befahl gemeinsam mit dem Angeklagten einen Vergeltungsschlag, der am folgenden Tag ausgeführt wurde. Zunächst wurden eine 74-jährige Frau und drei Männer erschossen, die den Soldaten zufällig begegneten. Anschließend wurden elf Männer festgenommen, die man in Falzano in einem Bauernhaus zusammenpferchte. Dem Urteil zufolge wurde das Haus mit Dynamit in die Luft gesprengt. Zehn Männer im Alter zwischen 16 und 66 Jahren starben in den Trümmern. Ein damals 15-jähriger Junge überlebte das Blutbad.

Gebirgsjägerkamerad Scheungraber kann sich für den Strafprozess in München auf die vorbehaltlose Unterstützung des Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V. verlassen. Dieser zählt etwa 6.000 Mitglieder, darunter ca. 2.000 ehemalige Wehrmachtsoldaten. Er darf auch den bayerischen Ministerpräsidenten a. D. Stoiber, den derzeitigen Chef der Führungsakademie der Bundeswehr, Löser, sowie den amtierenden Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Schmidt (CSU) zu seinen beitragszahlenden Mitgliedern zählen. (...)

Der Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege wird den Strafprozess gegen Josef Scheungraber durch Prozessbeobachter aufmerksam verfolgen und seinen Verlauf der Öffentlichkeit bekannt machen. Auf der unmittelbar vor Prozesseröffnung vor dem Landgericht München durchgeführten Kundgebung werden wir unter anderem die Namen der vierzehn in Falzano di Cortona von den Gebirgsjägern ermordeten Einwohner laut ausrufen: Antonio Grezzi, Angiolo Lescai, Luca Cascini, Lorenzo Donati, Agostino Paludini, Agostino Petrini, Domenico Trasenni, Guido Trasenni, Domenico Sassini, Edoardo Zampagni, Ferdinando Cannicci, Santi Lescai, Francesca Bistarelli, Angiolo Donati.

Der Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege fordert:

- Anklageerhebung gegen alle in Italien wegen Kriegsverbrechen zu lebenslanger Haft verurteilten deutschen ex-Soldaten!
- Einstellung jeder finanziellen oder sonstigen Unterstützung des Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V. durch Bundeswehr und Verteidigungsministerium!
- Entzug der Gemeinnützigkeit des Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V.!

Kontakt & Informationen: http://www.keine-ruhe.org ■

Volksverhetzer und Schläger im Vorstand

Neuere Personalien bei der Hamburger NPD

Es ist bekannt, dass sich der Hamburger Landesverband in den letzten Jahren, insbesondere seit dem Amtsantritt von Jürgen Rieger als Vorsitzender, deutlich radikalisiert hat. Die Zusammensetzung des Landesvorstandes war bisher aber nicht bekannt, der Verfassungsschutz teilte nur mit, dass sich seit der Vorstandswahl im Februar 2007 auch Vertreter der sog. Freien Kameradschaften in der Hamburger Führung befinden. Nach dem Bundesparteitag im Mai 2008 musste die neofaschistische Partei nun allerdings die Zusammensetzung ihrer Landesvorstände öffentlich machen. Damit wird deutlich, dass gleich mehrere Nazis mit Vorstrafen die Hamburger Partei führen:

Jürgen Rieger:

Ein Beitrag über Jürgen Riegers Aktivitäten als Anwalt, Finanzier und Strippenzieher der Naziszene würde ein Buch füllen. Er ist mehrfach wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole, Volksverhetzung und Körperverletzung verurteilt worden, die Strafen reichten bisher jedoch nicht für einen Entzug der Anwaltszulassung. Dies könnte sich eventuell ändern, da die Staatsanwaltschaft Mannheim im September 2007 Anklage wegen Volksverhetzung in neun Fällen gegen Rieger erhoben hat und in diesem Zusammenhang auch ein Berufsverbot gemäß der §§ 61 und 70 StGB anstrebt. Gemäßigter tritt Rieger trotzdem nicht auf, im Gegenteil. Nachdem er im Mai mit 75 % der Stimmen zum stellvertretenden Bundesvorsitzendem der NPD gewählt wurde, fühlte er sich sogar stark genug den eigenen Vorsitzenden scharf zu kritisieren. Hintergrund war ein Streit um die Beisetzung des ehemaligen SS-Mannes und militanten Neonazis Friedhelm Busse. An dessen Beerdigung hatte die NPD-Führung teilgenommen und der Rieger-Adlatus Thomas Wulff hatte eine Hakenkreuz-Fahne mit ins Grab gelegt. Als dieses öffentlich wurde, distanzierte sich die Bundesführung von Wulff und dessen Vorgehen, sowie teilweise von Aktionen der Kameradschaften. Dieses führte zu einem Aufschrei in der Kameradschaftsszene und dem militanten Flügel der NPD. In einer „Stellungnahme freier Kräfte“ wurde das Präsidium der NPD aufgefordert, ihre Distanzierung zurückzunehmen und Wulff zu rehabilitieren, andernfalls werde man die Zusammenarbeit einstellen.

Jürgen Rieger schrieb Anfang August an den Bundesvorsitzenden Udo Voigt in einer langen Stellungnahme: „Die Erklärung des NPD-Parteipräsidiums vom 31. Juli 2008 zur Beisetzung von Friedhelm Busse wird von mir nicht nur nicht mitgetragen, sondern darüber hinaus schärftens mißbilligt.“ Er forderte eine Entschuldigung an Wulff, sowie ein Bekenntnis zur Fortführung der „Volksfront“ aus NPD und Kameradschaften. Die NPD sei insbesondere in Wahlkämpfen auf die militante Naziszene angewiesen.

Dr. Karl-Heinrich Göbel:

Der 1952 geborene Außenhandelskaufmann und Orientalist aus HH-Poppenbüttel kandidierte schon 2002 für die NPD. Nachdem er schon vorher im Landesvorstand der Partei war, wurde er im Februar zum stellvertretenden Vorsitzenden in Hamburg gewählt. Schon vor dem Eintritt Riegers in die Partei pflegte er engen Kontakt zu den Kameradschaften in Hamburg und nahm regelmäßig an Aufmärschen teil. Im November 2006 versuchte er zusammen mit militanten Neonazis eine Veranstaltung der DGB-Jugend zu stören, eine Aktion die bundesweit in die Schlagzeilen kam. 2004 unterzeichnete er eine Solidaritätserklärung „Freiheit für Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen“, welche wegen Volksverhetzung vor Gericht standen und als Auschwitzleugner gelten.

Jan Zimmermann:

Der 1977 geborene Akademiker kommt ursprünglich aus Gießen und kandidierte 2004 erstmals für die NPD in Hamburg. Er ist seit mindestens 2006 auch Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Nord/Eimsbüttel. In dieser Eigenschaft beschimpfte er im Juni 2006 die Polizeiführung laut Verfassungsschutz als „unzurechnungsfähig und blöd im Kopf“, was ihm prompt ein Verfahren wegen Beleidigung einbrachte. Zimmermann nimmt regelmäßig an Infoständen und Aufmärschen teil, wo er auch als Ordner fungiert. Er ist einer der fünf Beisitzer im aktuellen Vorstand der Hamburger NPD.

Jan Steffen Holthusen:

Der 1976 geborene Neonazi begann seine Karriere in der Kameradschaft „Bramfelder Sturm“, dessen gleichnamige Zeitschrift er 1994 herausgab. 1997 benannten sich Kameradschaft und das Nazi-Blatt in „Hamburger Sturm“ um, Holthusen blieb der Herausgeber. 1999 wurde dort der bewaffnete Kampf propagiert: „Wir sind im Krieg mit diesem System und da gehen nun mal Bullen oder sonstige Feinde drauf.“ Im August 2000 wurde der „Hamburger Sturm“ samt Kampfblatt verboten. Holthusen ist wegen Körperverletzung vorbestraft und versuchte im November 2007 mit mehreren Neonazis in Bramfeld



Tag der Erinnerung und Mahnung 2008

Berlin. Der alljährliche Gedenk- und Erinnerungstag wird traditionell an jedem zweiten Sonntag im September zu Ehren der Opfer des Faschismus auf dem Marx-Engels-Forum in Berlin-Mitte begangen. Er ist mittlerweile auch ein kraftvoller Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg. Über 100 Info-Stände verschiedenster linker Organisationen, außerdem Diskussionsrunden und Ausstellungen fanden zwischen 13 und 18 Uhr am diesjährigen Gedenktag am 14.9. statt. Bernd Kudanek hat den Tag in Fotoimpressionen festgehalten. Sämtliche 32 Fotos befinden sich in http://www.carookee.com/forum/WISP/4/22540010.0.30115.html und http://www.carookee.com/forum/freies-politikforum/22/22540097.0.30115.html *Quelle: indymedia*

eine Veranstaltung zu stören. Im Februar 2007 wurde er Beisitzer im Landesvorstand der NPD, ist aber weiterhin aktiv in der Kameradschaftsszene und nimmt regelmäßig an deren Aufmärschen teil. Dementsprechend unterzeichnete er auch im August die o.g. „Erklärung der freien Kräfte zum Tode von Friedhelm Busse.

Torben Klebe

Der 1976 geborene Handwerker hat eine ähnliche Karriere wie Holthusen gemacht, kommt ebenfalls aus dem verbotenem „Hamburger Sturm“ und betätigte sich schon 1992 für die Anti-Antifa. Er ist ebenfalls seit Februar Beisitzer im Landesvorstand der NPD, war aber wohl schon vorher Mitglied.

Klebe war jahrelang aktiv für das internationale Nazi-Musik-Netzwerk „blood & honour“. Als die deutsche Sektion im Jahre 2000 verboten wurde, bekam Klebe die Verbotsverfügung persönlich zugestellt. Zuvor wurde er schon wegen des Vertriebes von indizierten CDs verurteilt. Im Untergrund besteht „blood & honour“ weiterhin auch in Deutschland, und Torben Klebe organisiert regelmäßig bis heute Nazi-Konzerte in Hamburg mit Bands und Anhängern aus dem Netzwerk. Die Konzerte können trotzdem ungestört durch die Polizei stattfinden, zuletzt fand eines im Januar in Bahrenfeld statt. Die Polizei, obwohl informiert, kontrollierte nicht ob verbotene Lieder oder Parolen geäußert wurden.

Klebe geriet zuletzt in die Schlagzeilen, weil er seit Sommer 2007 in Rostock den Nazi-Laden „East-Coast-Corner“ betrieb. Jüngst musste der Laden wegen finanzieller Schwierigkeiten schließen. Er ist weiterhin Netzwerker in der Kameradschaft-Szene und unterschrieb die Busse-Erklärung.

Lars Niemann

Der Beisitzer im Landesvorstand gehörte nach eigenen Angaben der Partei schon an, als „es noch keine absehbaren Wahlerfolge und Pöstchen gab.“ Im Streit des Hamburger Landesverbandes Ende 2006/Anfang 2007 als Kameradschafter die Absetzung der ehemaligen Vorsitzenden Anja Zysk betrieben und ihren Wunschkandidaten Jürgen Rieger durchsetzten, fungierte Niemann als Internetbeauftragter und ergriff Partei gegen Zysk. Die Noch-Vorsitzende bezeichnete Niemann als verschlagen und paranoid und bezichtigte sie der „Hetze und Lüge.“

Ute Nehls

Die fünfte Beisitzerin im aktuellen Landesvorstand kommt ursprünglich aus der DVU. Die 1961 geborene Sekretärin kandidierte 1998 in Mecklenburg-Vorpommern für diese Partei zur Bundestagswahl. 2005 allerdings fand sie sich schon als NPD-Kandidatin auf der Landesliste der NPD in Schleswig-Holstein. Beim Landesparteitag der Hamburger NPD im Februar 2007 fungierte sie dann als Delegierte für den Kreisverband Mitte.

Andrea Schwarz

Sie ist die zweite Frau im aktuellen Landesvorstand und fungiert als Schatzmeisterin. Eine Funktion, die sie schon seit mindestens 2005 inne hat und für die sie in Jürgen Riegers Antrittsschreiben ausdrücklich gelobt wurde. Eine neofaschistische Vorgeschichte ist nicht bekannt.

erk ■

Schwieriger Spagat

Maifeiern des DGB – Geplante Demonstration der „Freien Kameradschaften am 1. Mai 2009

Hannover. Bunt statt Braun - Keinen Fußbreit für Nazis, dazwischen bewegte sich die Diskussion von ca. 100 Leuten bei einem ersten Treffen gegen eine geplante Demonstration von Neonazis/sog. Freien Kameradschaften am 1. Mai 2009 in Hannover.

Kurz nach Bekanntwerden eines Aufrufs der sog. Freien Kameradschaften hat auf Initiative des DGB Region Hannover am 18.9.2008 ein erstes Treffen zur Gegenmobilisierung stattgefunden. In dem Einladungsschreiben des DGB zu dem Treffen wird mitgeteilt:

„Die sogenannten Freien Nationalisten haben für den 1. Mai 2009 eine Demonstration unter der Überschrift „1. Mai 2009 – auf nach Hannover! Schluss mit Verarmung, Überfremdung und Meinungsdiktatur – Nationaler Sozialismus jetzt!“ angemeldet – beginnend um 12.00 Uhr am Zentralen Omnibusbahnhof mit einer Route über Steintor, Klagesmarkt nach Linden. Angemeldet sind bis zu 1.000 Teilnehmer, in Anbetracht bisheriger Erfahrungen nicht unrealistisch. Es handelt sich um eine Mobilisierung insbesondere im Spektrum der Szene der sog. Freien Kameradschaften oder „nationalen Sozialisten“ mit Unterstützung durch einige der Kreisverbände der NPD (bisher). Mobilisiert wird wie jedes Jahr in ganz Norddeutschland, die Mobilisierung wird ebenso wie das Anmeldeverfahren ziemlich professionell durchgeführt. Bereits jetzt findet eine Vorbereitung im Internet statt. (www.arbeiterkampftag.info).

Die Veranstaltungen des DGB zum 1. Mai sind ebenfalls bereits angemeldet. Seitens der Zivilgesellschaft (Parteien und Verbände, Kirche) gibt es eine relative große Erwartung, dass der DGB in Anknüpfung an „bunt statt braun“ am 15.9. 2007 eine führende Rolle bei der Mobilisierung und Gestaltung der Proteste einnimmt.

Für den DGB ergibt sich dabei eine Reihe von schwierigen Fragen, was den Tag selber angeht.“

Die Neonazis rufen „Deutsche Männer und Frauen! Wer wenn nicht Du? Wann wenn nicht jetzt?!“ zu der Demonstration auf. Sie beschreiben die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung, aber wie sattsam bekannt, der deutschen Bevölkerung. Und wie immer hetzen sie gegen „Millionen Ausländer“, die Arbeitsplätze wegnehmen. Sie behaupten „ Überfremdungspolitik“ und hetzen gegen „kostspielige Integrationsmaßnahmen” und ziehen den Schluss „ Arbeitslosigkeit, Verarmung, Kriminalität und Gettoisierung sind dadurch nicht zurückgegangen, sondern deutlich gestiegen. Ausländerintegration kann also unsere sozialen Probleme nicht lösen, dafür aber noch erheblich verschärfen.“ Sie fordern: ... „Schluß mit der verantwortungslosen Überfremdungspolitik, bevor es zu spät ist!“

Ihr Aufruf wird von den verschiedensten Gruppierungen (bei Interesse nachzulesen unter der o. g. Netzadresse) unterstützt, und, obwohl die NPD in Niedersachsen so tut, als habe sie mit dieser geplanten Demonstration nichts zu tun, unterstützen bereits jetzt etliche NPD-Gruppierungen (Nationaler Widerstand Hildesheim, NPD Hannover, NPD-Unterbezirk Oldenburg, NPD-Unterbezirk Stade, NPD Verden) den Aufruf zu der Demonstration am 1. Mai 2009.

Auf dem Treffen der Gegner (Antifagruppen, attac, Jugendorganisationen, Parteien, kirchlichen Einrichtungen, VVN, Gewerkschaften) wurden zwar noch keine konkreten Verabredungen getroffen, aber in den Redebeiträgen wurde deutlich, dass alle diese Gruppen Widerstand auf vielfältigste Weise (z. B. Blockadeprojekte, Gegendemonstrationen wurden bereits angemeldet) organisieren wollen.

Bei dem nächsten Treffen Ende Oktober sollen Vorschläge für Aktivitäten diskutiert werden, mit dem Ziel, dass sich diese im gemeinsamen Widerstand ausdrücken.

Dies war im September 2007 gelungen, als ca. 20.000 Menschen gegen den Landesparteitag der NPD anlässlich der Landtagswahlen in Hannover protestierten.

bee ■

Heideblütenfest-Volkslauf Schneverdingen war ein Erfolg – sportlich und antifaschistisch!

Snevern-Jungs als „Charly Brauns Sportfreunde" beim Volkslauf in Hameln

SCHNEVERDINGEN. Jahrelange Recherche- und Infoarbeit sowie vielfältiger Widerstand von Antifagruppen und DGB plus klare Berichterstattung überregionaler Medien, war die Voraussetzung, dass sich in Schneverdingen der TV-Jahn jetzt gegen Nazis positionierte und dass es seit Februar 2008 das „Bürgerbündnis Schneverdingen ist bunt" gibt.

Nach inkonsequentem Verhalten des Volkslauf-Veranstalters noch vor einem Jahr, gab es am 30.8.08 für die Kameradschaft „Snevern-Jungs" keine Chance zur Teilnahme. Der TV Jahn lässt jetzt in seiner Satzung und den Volkslauf-Teilnahmebedingungen „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Extremismus" nicht zu. Das Tragen rassistischer und antisemitischer Sportbekleidung war nicht gestattet. Ein Transparent und die Vorsitzenden-Rede stellte zudem die neue Haltung des TV Jahn klar. Viele Läufer starteten in den T-Shirts des Bürgerbündnisses „Schneverdingen ist bunt". Eine gute Entwicklung, auch wenn der Begriff „Extremismus" gegen Antifaschismus gerichtet werden kann.

Flugblatt statt Volkslauf

Die „Snevern-Jungs" versuchten zwar per homepage ihre Kameraden zu mobilisieren, kamen aber nicht. Stattdessen verteilten sie in Schneverdingen am Morgen ein Flugblatt mit dem Titel „Heideblütenfest" in viele Hausbriefkästen. Darin beschimpfen sie den Vorstand des TV Jahn als „stark SPD-lastig". Sie fragen, ob Turnvater Jahn am Volkslauf hätte teilnehmen dürfen, da er „in seinen Schriften gegen Vermischung der Völker und Ausländerei wetterte?" Nazi-Gegner nennen sie „aufgehetzte Meute", von der sie sich nicht provozieren lassen würden. Die sonst gern streitsüchtigen Nazis schreiben abschließend, dass sie „Auseinandersetzungen aus dem Weg" gehen würden, „um den Frieden in unserem Heimatort zu wahren."

Am Volkslauf nahm denn auch nur ein angereister Nazi einer anderen NS-Szene teil. Er stieß bereits kurz nach dem Start einem Antifaschisten seinen Ellenbogen hart ins Gesicht und wurde im Ziel antifaschistisch umringt und mit „Naziraus"-Rufen und Transparenten sowie einer Biertaufe begrüßt.

Im Landkreis Soltau-Fallingbostel ist die Bewegungsfreiheit der Snevern-Jungs enger geworden. Die von ihnen organisierten NPD-Landtagswahlkampfstände (SJ stellten gleich 3 MdL-Kandidaten) mussten sie vorzeitig abbrechen, sie wurden vom Supermarktparkplatz verwiesen, bei einer Schuldiskussion zur Landtagswahl ausgepfiffen, beim SPD-Preisskat rausgeworfen usw.

„Das war vor einem Jahr noch nicht möglich", bilanziert H-D Charly Braun vom Bündnis gegen Rechts. Es ist gelungen, dieser, laut NPD „vorbildlichen" Kameradschaft die Verkleidung auszuziehen, so dass „die braune Jauche" heraustrat (Zitat eines Grünen Kreistagsabgeordneten).

Aber Achtung: Bei der Landtagswahl erhielt SJ-Führer Matthias Behrens etwa 6,5 % Stimmen in seinem Stadtteil. Inzwischen reagieren diese, zuhause bisher eher bürgerfreundlich auftretenden Kameraden, auf antifaschistische Infoarbeit und Widerstand auch daheim aggressiv und schlagend. Obwohl als Nazis inzwischen durch viele Medien bekannt, finden sie noch propagandistische Möglichkeiten, so jüngst beim Blutspenden im benachbarten Oerrel und bei Volksläufen in Bad Nenndorf und Hameln.

Als „Charly Brauns Sportfreunde" in Hameln

Als Ersatz für ihre Niederlage in Schneverdingen, zeigten sich die Snevern-Jungs mit ihren T-Shirts und Transparent bereits am 29.8.08 beim Volkslauf in Hameln. Alle meldeten sich mit falschen Namen an (Dieter Riefling aus Hildesheim als „Klaus Wedemann, SJ-Führer Matthias Behrens als „Sven Röhrs", usw.). Als Gruppenbezeichnung gaben sie „Charly Brauns Sportfreunde" an, einen Fanclub, auf den DGB-Funktionär H-D Charly Braun gern verzichtet.

Antifa-Heidebote ■

Protest gegen Nazi-Volksläufer Start-Nr. 759



Fortsetzung: Vielfältiger Protest war erfolgreich

Insgesamt war der Verlauf des Freitag bereits so ermutigend, dass klar war, der Samstag darf nicht besser für sie laufen. Die Niederlage muss komplettiert werden. Der Kongress kann verhindert werden, wenn sich genügend Menschen an den vielfältigen geplanten Aktionen beteiligen.

Große Kundgebung und Blockaden am Samstag, 20.9.

Und so war es dann auch: Durch effektive Blockaden ist die als Highlight des „Anti-Islamisierung-Kongresses" von „pro Köln" geplante Kundgebung auf dem Heumarkt in der Kölner Innenstadt am 20.9. verhindert worden.

Gerade einmal 50 Rassisten schafften es zu Manfred Rouhs auf den Heumarkt. Die restlichen etwa 200 „pro Kölner" – inklusive der Vlaams Belang- und FPÖ-Delegationen sowie der gesamten Führungsriege von „pro Köln" – saßen seit 9.00 Uhr am Flughafen Köln-Bonn fest.

Als am Morgen dieser Treffpunkt bekannt geworden war, hatten mehrere hundert DemonstrantInnen die Bahnlinie Flughafen-Deutz blockiert. Als zusätzliche Absicherung wurde von ebenfalls mehreren hundert Menschen die Deutzer Brücke von der rechten Rheinseite aus blockiert.

Bereits vor Beginn der Auftaktkundgebung um 9.00 Uhr am Gürzenich in der Altstadt hatte eine Gruppe von etwa 200 Personen den Versuch unternommen, die Markmannsgasse (Verbindung zwischen Rheinufer und Heumarkt, die Fraktionsräume von „pro Köln" befinden sich dort) zu blockieren. Außerdem versuchten etwa 50 Personen, direkt auf dem Heumarkt zu blockieren. Beide Blockaden wurden relativ schnell geräumt. Kurz nach 9.00 Uhr machten sich tausende DemonstrantInnen auf den Weg zu den Blockadepunkten, sodass außer der Handvoll „pro Kölner", die schon vor Beginn der Blockaden auf den Heumarkt gelangt waren, keine weiteren Kleingeister durchkamen.

Die Empfehlung von „pro Köln" an ihre Anhänger, am besten in Kleingruppen zu versuchen durchzukommen, führte zu nichts. Auch in den kleinen Gassen der Altstadt war alles dicht. Ab Mittags füllten sich die Straßen rund um den Heumarkt noch mehr, denn die große Kundgebung auf dem Roncalliplatz sollte mit einer Menschenkette rund um den Platz enden.

la Repubblica:
Rom. Die Rechtspopulisten, die Fremdenfeindlichen, die Gegner des Islam aus ganz Europa haben in Deutschland ihr „Stalingrad" kassiert. Das hatte es in Europa noch nicht gegeben: Eine ganze Stadt ist mit viel Fantasie aktiv geworden und sagt „Nein" zu den rechtsradikalen.

Auf dem Platz am Gürzenich begann das Arsch Huh-Konzert, dass sich diejenigen, die davon nichts mitgekriegt haben, inzwischen auch schon auf CD besorgen können.

An der Südseite des Heumarktes, vor dem Hotel Maritim, war die Situation zeitweise am angespanntesten. Es wurden Barrikaden gebaut und es kam immer wieder zu kleineren Scharmützeln mit der Polizei, die letztendlich dazu führten, dass Einsatzleiter Temme die Kundgebung aufgrund einer Gefährdung der Sicherheit der Kölner Bürgerinnen und Bürger verbot. Das Häuflein auf dem Heumarkt begann gegen 15.00 Uhr, den Heumarkt zu verlassen. Die Blockierer feierten ihren Sieg mit einer kurzen Demonstration durch die Stadt.

Als erstes Fazit kann man sagen, dass die Gegenaktionen wohl die erfolgreichsten der letzten Jahre in Köln gewesen sind.

Der komplette Verlauf des Tages ist unter http://ticker.hingesetzt.mobi/html.php nachzulesen.

Auf der Internsetseite von „pro Köln" finden sich Sonntag Beiträge, in denen die Kölner Polizei dafür verantwortlich gemacht wird, dass ihr Kongress nicht stattfinden konnte, sie habe die Sache nicht im Griff gehabt. Obwohl Journalisten die pro Köln-Aktivitäten ja überall genau verfolgten und darüber berichteten, rechnet pro Köln sich die Zahl auf dem Heumarkt auf 150 Menschen und die Zahl der Gäste, die auf dem Flughafen festsaßen, auf 500 hoch.

Angeblich fanden abends noch zwei geschlossene Veranstaltungen und Sonntag eine Abschlussveranstaltung statt. Die angekündigte Versammlung am 21.9. in Leverkusen jedenfalls fiel aus. Schon ab 10 Uhr hatten sich dort rund 100 Menschen zu einer Mahnwache aufgemacht, die aber um 12 Uhr beendet werden konnte. 3:0 für die Antifaschisten, heißt es in der Pressemitteilung der Kulturvereinigung Leverkusen dazu.

Die Ankündigung, den Kongress als Höhepunkt im Kommunalwahlkampf zu wiederholen, wird weder bei der Kölner Polizei noch bei den KölnerInnen auf Gegenliebe stoßen.

www.arbeiterfotografie.com

Einer der Blockadepunkte



Vielfältiger Protest



Wie sagte Oberbürgermeister Schramma auf der Kundgebung? *„Diese braunen Biedermänner sind in Wahrheit Brandstifter, Rassisten im bürgerlichen Zwirn, subtile Angstmacher. ... Dieser verfaulten Clique des Eurofaschismus, diesen Haiders und Le Pens und wie sie alle heißen, rufen wir zu: Da ist der Ausgang, da geht's nach Hause. Wir wollen Euch hier nicht. ..."* Da hatte er einfach mal Recht. *Zusammenstellung u.b.* ■



Foto: pb

Die Szenerie auf dem Heumarkt: Eindrücke vom rechten Rand

Die Intelligenzschicht ist dünn, und kratzt man ein wenig daran, kommt unter dem oberflächlich aufgetragenen Lack schnell bräunliche Farbe zum Vorschein. Ungefähr so lässt sich die Begegnung mit den Anhängern und Aktivisten von „Pro Köln“ und anderer rechtsextremer/„rechtspopulistischer“ europäischer Parteien am vorigen Samstag auf dem Kölner Heumarkt zusammenfassen.

Keine 100 von ihnen hatten es bis zum Versammlungsort geschafft, auf dem am vergangenen Samstag um 12 Uhr die – durch „Pro Köln“ vollmundig angekündigte – internationale Kundgebung stattfinden sollte. Aus Sicht der Veranstalter sollte es sich um die Krönung ihres „Anti-Islamisierungs-Kongresses“ handeln, der vom 19. bis 21. September hätte stattfinden sollen. Allein, auf dem fußballfeldgroßen Platz in der Kölner Altstadt sahen die wenigen versammelten Anhänger dann doch ziemlich verloren aus. Hinzu kamen im Übrigen noch rund 300 Journalistinnen und Journalisten, denen die Polizei freien Zutritt zu dem Gelände ließ, unter ihnen Kamerateams von zwei französischen und mehreren türkischen Fernsehsendern. Rund herum blockierten, demonstrierten und protestierten gleichzeitig mehrere Zehntausend Menschen gegen das Stattfinden der Versammlung, deren Auflösung die Einsatzleitung der Polizei eine gute halbe Stunde nach ihrer offiziellen Eröffnung bekannt gab: „Die Sicherheit der Kölner Bürger/innen“ habe „Vorrang“ vor dem Demonstrationsrecht der extremen Rechten.

Doch der Reihe nach. Zum Auftakt stach vor allem die riesige Tribüne ins Auge, auf die in dicken Lettern die Aufschrift gemalt war: „Stop Islam!“ Unter ihr stand, in kleineren Buchstaben, als Untertitel in mehreren europäischen Sprachen: „Städte gegen Islamisierung“. →



Warten auf den Kongress...



Die Kongresstühle leer...

Freiheitsberaubung im Amt ?

Skandalöser Polizeieinsatz überschattet die erfolgreichen Blockadeaktionen

Aus Sicht des Bündnis gegen „Pro Köln“ war – wie der 19.9. – auch der 20. 9. ein sehr erfolgreicher Tag. Alle geplanten Aktionen von „Pro Köln“ in den zwei Tagen wurden durch unsere Aktionen des zivilen Ungehorsams verhindert. Bereits um 10 Uhr morgens standen am 20.9. die Blockaden rund um Heumarkt. Kein „Pro Köln“-Funktionär, kein hochrangiger europäischer Rassist und kein Sympathisant von „Pro Köln“ kam mehr durch zum Heumarkt. Die 30 Leute, die es trotzdem schafften, ließen wir, nachdem die Polizei ihre Veranstaltung verboten hatte, um 16 Uhr abziehen. Wir und die Polizei hoben Blockaden und Sperren auf. Das Arsch – Huh Konzert ging zu Ende und eigentlich wollten alle auf dem geräumten Heumarkt nur noch den Erfolg feiern.

Beim Abzug des Blockadepunktes Rheinufer/Maritim von gut 1000 Leuten, die, auch auf Wunsch der Polizei (Einsatzleiter Temme), in einem angemeldeten Demonstrationszug zunächst zum Neumarkt ziehen wollten, kam es dann zu einem absolut unnötigen und unangemessenen Polizeieinsatz. In zwei Kesseln wurden 300 Leute am Mühlenbach/Mathiasstr. festgesetzt. Kurze Zeit später wurden bei der Auflösung des Blockadepunktes vor der Deutzer Brücke in Köln-Deutz eine weitere Gruppe von 200 Leuten in der Siegburgerstrasse gekesselt.

Bei Verhandlungen von Stadtdirektor Kahlen, Jörg Detjen von der Linksfraktion und einem Vertreter des „Bündnis gegen Pro Köln“ mit dem Einsatzleiter Tiemann wurde am Ende des Gesprächs eine Zahl zwischen 50 und 60 Personen genannt, die nach Brühl gebracht werden sollten.

Tatsächlich wurden dann insgesamt 500 Personen mit Bussen in die Gefangensammelstelle Brühl verfrachtet. Dort trat das zu erwartende und bei den Verhandlungen schon vorhergesagte Ergebnis ein. In einer Mischung aus Chaos wegen der großen Zahl und Schikane wurden die Festgenommen einer rechtswidrigen und menschunwürdigen Behandlung unterzogen.

Nach ca. 4 bis 5 Stunden müssen Leute im „Polizeigewahrsam“ einem/r Richter/In vorgeführt werden. Die in Anwaltskreisen nicht gerade als polizeikritisch bekannte Richterin des Amtsgerichts Köln, Frau Nagel, war ab17 Uhr in Brühl. Bis 22 Uhr schaffte es die Polizeiorganisation vor Ort, ihr gerade mal 7 Leute von den ca. 500 vorzuführen. Bei allen 7 ordnete Frau Nagel die Freilassung an, da kein weiterer Haftgrund bestünde.

Dann gab es keine weiteren Vorführungen mehr, weil die Polizei eine neue Lagebeurteilung für die Stadt Köln hatte und die Gefangenen nicht in die Stadt zurücklassen wollte.

Frau Nagel verließ daraufhin unter Protest gegen das Chaos in Brühl die GeSa. Danach gab es schlicht keine/n Haftrichter/in mehr.

2 Busse mit Festgenommenen standen stundenlang „unbearbeitet“ auf dem Gelände der GeSa herum. Die Tore zu den Hallen, in denen die „Käfige“ stehen, wurden offen gelassen. Da zu wenige Decken und Isomatten zur Verfügung standen, froren die Festgenommenen. Teilweise waren 30 Personen in Käfigen von $36m^2$ zusammengepfercht und wurden lange nicht auf Toilette gelassen. Es waren einfach zu viele Leute da. Das wusste die Polizeiführung aber auch vorher. Die Minderjährigen wurden erst ab 20.00 h entlassen.

Die 4 MitarbeiterInnen des Jugendamtes vor Ort hatten auch noch nach 22 Uhr Schwierigkeiten, überhaupt mit den Jugendlichen zu reden, weil die Polizei sie weiter fernhielt. Die letzte Minderjährige konnte um 1 Uhr 30, also 9 Stunden nach der Festsetzung, die GeSa verlassen. Der Bus aus Lübeck, der auf sie lange vor der GeSa wartete – die Polizei wusste das – fuhr, weil sie auch keine Zeit genannt bekamen, um 12 Uhr 30 ab. Die drei Rechtsanwälte, die vor Ort waren, durften nur in wenigen Fällen Kontakt zu ihren Klienten in den Käfigen aufnehmen, obwohl ihnen das rechtlich zustand. Der Rest der Gefangenen wurde erst ab 5:00 h morgens entlassen. Ca. Um 8 Uhr war der letzte draußen.

Viele der Festgenommenen wollen Strafanzeige gegen die Polizei wegen Freiheitsberaubung erstatten.

Die beteiligten Rechtsanwältinnen sind entsetzt über die Aushebelung der Gewaltenteilung. Die Justiz hatte schlicht nichts zu sagen. Es galt nur noch Polizeirecht. Die AnwältInnen werden den Vorgang nicht auf sich beruhen lassen. Wir, das Bündnis gegen „Pro Köln“, auch nicht.

i.A. Reiner Schmidt ■

Mit betont ruhiger Stimme und darum bemüht, gefasst zu wirken, verkündete Manfred Rouhs etwa eine halbe Stunde nach Mittag den offiziellen Veranstaltungsbeginn. Zwar war der Platz noch immer relativ leer. Allerdings, so behauptete Rouhs, säßen noch „400“ Gesinnungskameraden (Zeitungen wie die „taz“ sprachen später von 150) am Flughafen Köln-Bonn fest. Unter ihnen seien auch „gewählte Volksvertreter des Vlaams Belang“. Tatsächlich hielten Philip Dewinter von der flämischen Separatisten- und Rassistenpartei, Markus Beisicht von „Pro Köln“ und andere rechte Gesinnungsfreunde später eine improvisierte Pressekonferenz im Kellergeschoss des Flughafens ab.

Rouhs betonte unterdessen: „Wir haben Zeit. Heute früh um 2 Uhr waren Leute von uns hier, um nächtens aufzubauen. Und wenn es sein muss, werden wir hier bis 2 Uhr oder auch bis 6 Uhr warten, bevor wir unsere Kundgebung beginnen. Wir fordern die Kölner Behörden dazu auf, unseren Freunden am Flughafen einen Bus oder eine S-Bahn zur Verfügung zu stellen, um hierher kommen zu können. Bis dahin werden wir warten!“

Eine gute halbe Stunde später allerdings wurde die Veranstaltung bereits polizeilich für aufgelöst erklärt – angesichts der offenkundigen Aussichtslosigkeit, der Proteste Herr zu werden und den am Flughafen Festsitzenden ein Durchkommen zu verschaffen.

Bis zum Versammlungsort geschafft hatte es Mario Borghezio, ein Senator der norditalienischen Separatisten- und Regionalistenpartei Lega Nord, der eine weiße Fahne mit rotem Vendée-Symbol (ein Kreuz, das auf einem Herz aufgepflanzt ist, und die katholisch-royalistische Konterrevolution in Frankreich 1793-94 symbolisiert) schwenkte und mehrfach frenetisch rief: „Europa cristiana, mai musulmana!“ (Christliches Europa, niemals muslimisch!) Ebenfalls anwesend waren rund ein Dutzend Aktivisten seiner Partei, sowie eine dreiköpfige Delegation aus Frankreich vom MNR. Diese, inzwischen längst jenseits des Randes der Bedeutungslosigkeit angekommene, rechtsextreme Partei war 1999 unter Bruno Mégret als Abspaltung vom Front National (FN) entstanden. Vertreten wurde sie in Köln vor allem durch Jean-Pierre Tournier, den Bezirkssekretär der Partei im westfranzösischen Département Charente, einem ländlichen Bezirk rund um Angouleme, der eine französische Fahne mit dem Vendée-Kreuzherzen schwenkte und zwischendurch mit französischem Akzent „Es lebe Deutschland!“ ausrief.

Eine weitere (dritte) rechtsextreme Kraft aus Frankreich, die Regionalpartei Alsace d’abord (Elsass zuerst) war zugleich, mit ihrem Ex-Vorsitzenden Robert Spieler – gleichzeitig inzwischen einer der Sprecher der, derzeit bereits wieder gescheiterten, rechtsextremen Sammlungsbewegung NDP (Nouvelle Droite Populaire) – bei der Pressekonferenz im Kellerraum des Flughafens vertreten. Offenkundig hatte die Absage des Vorsitzenden des FN, Jean-Marie Le Pen – dessen „Großpartei“ überhaupt nicht nach Köln kam, wohl weil sie dort nichts zu gewinnen hatte und keinen Bock verspürte, für „Pro Köln“ Aufbauhilfe zu leisten – den Weg für die beiden französischen Splitterparteien auf der extremen Rechten freigemacht. Im Ausland konnten sie sich - so dachten sie sich vielleicht – zu größerer Bedeutung aufschwingen, als ihnen „zu Hause“ (wo sie neben dem FN vollkommen marginalisiert bleiben) zukommt.

Unterdessen kam es auf dem Platz zu hitzigen Diskussionen. Die Bundestagsabgeordnete der Linken aus Bochum, Sevim Dagdelen, hatte es dank ihres Abgeordnetenmandats über die Polizeisperren hinweg auf den Platz geschafft. Sie trug dabei ein gelbes Neonoberteil mit der Aufschrift „Köln stellt sich quer“ (gegen den Rassistenkongress) und Anti-Nazi-Buttons. Dort wurde sie von einzelnen Anhängern von Pro Köln hitzig angegangen: Warum sie denn ihren Protest nicht lieber draußen – „bei Ihren Leuten, die mit Steinen werfen“ – zum Ausdruck bringe, wurde ihr vorgehalten. Daraufhin drehten sich alle Kameras zu ihr. Das konnte Manfred Rouhs wiederum nicht auf sich sitzen lassen. Er versuchte, mit der protestierenden Abgeordneten zu diskutieren, die er als „Schönes Kind“ bezeichnete, was ihm als Retourkutsche eine Titulierung als „hässlicher Junge“ eintrug.

Doch während Rouhs Wert darauf legte, einen geschliffenen Diskurs an den Tag zu legen und zu betonen, er habe überhaupt nichts gegen TürkInnen und Moslems als solche, ihm gehe es nur um Integration (die durch „eine Großmoschee“ und durch mangelnde Deutschkenntnisse verhindert werde), gingen mit seinen Anhängern sofort die Gäule durch. Eine ältere Aktivistin von „Pro Köln“ ereiferte sich etwa gegenüber der Abgeordneten, sie solle doch aus dieser Stadt – und am liebsten wohl aus diesem Land – verschwinden. Denn „wir sind eine Stadt, die eine Kultur hat, wir zahlen Steuern, wir haben den Kölner Dom gebaut, und überhaupt: Was haben Ihre Vorfahren mit den Armeniern und den Christen in der Türkei gemacht?!!“ Ob die solcherart stolze Vertreterin ihrer „Kultur“ wirklich selbst mit Hand beim Bau des Kölner Doms angelegt hat, mochte sie unterdessen auf Nachfrage hin nicht verraten.

Eine andere türkischstämmige Deutsche oder türkische Kölnerin bekam von einem aufgebrachten, schäumenden Anhänger zu hören: „Wenn es so weitergeht, gute Frau“ – gemeint war wohl: mit den Ausländern… – „dann haben wir hier einen Bürgerkrieg! Jawohl! Dann haben wir hier einen Bürgerkrieg!“ Eine ältliche Anhängerin meinte zur selben Minute: „Die Ausländer, die hier sind, die müssen sich anpassen! Die müssen sich anpassen!“ Als sie zur Antwort bekam, man könne auch „zusammen leben“ und sich mischen, erwiderte sie wie aus der Pistole geschossen: „Aber wir wollen nichts Türkisches!!“

Insgesamt befanden sich circa 40 bis 50 Sympathisanten oder Mitglieder von „Pro Köln“ unterschiedlicher Altersgruppen, die sich durch ihre Anstecker zu erkennen gaben, auf dem Platz. Hinzu kamen ein gutes Dutzend Vertreter der Lega Nord, drei Leute aus Frankreich und einige Aufbauhelfer vom belgischen Vlaams Belang - der die Organisation übernommen hatte, und dessen LkW sowie die T-Shirts seiner Helfer die flämische Aufschrift „Organisatie“ trugen. In der Ecke saß zudem ein gutes Dutzend kahlgeschorener Jungnazis auf einer Bank. Diese wollte man im vorderen Bereich nicht unbedingt sehen – laut einem Zeitungsbericht wurden ihnen auch das Vorzeigen der Reichskriegsflagge durch den Ordnerdienst verwehrt –, sie wurden vom Veranstalter aber auch nicht des Platzes verwiesen.


Borghezio, Toumnier (MNR), Rouhs

Alles in allem also: ein betontes Bemühen darum, bürgerlich-konservative Reputierlichkeit zu wahren. Aber eine Realität, was das „Denken“ in den Köpfen der Anhänger betrifft, die doch reichlich anders aussieht: ungleich offener rassistisch.

Kurz nach 13 Uhr gab Manfred Rouhs die polizeiliche Untersagung der Fortführung der Veranstaltung bekannt. Als Trost hatte er kurz zuvor noch auf den Himmel verweisen können, an dem rund eine Minute lang ein Flugzeug kreiste, das ein anhängendes Transparent mit der Aufschrift „Pro Köln“ hinter sich herzog. (Es wurde dann jedoch durch einen Polizeihubschrauber zur Landung gezwungen.) Dies beweise, so Rouhs, „unsere tiefe Verankerung in Köln“, weil es nämlich belege, „dass sich ein mutiger Pilot gefunden hat“ (sic). Das klang dann doch ziemlich stark nach dem sprichwörtlichen Pfeifen im dunklen Keller…

Bernhard Schmid, live aus Köln ■

NATO-Jubiläumsgipfel 2009 in Kehl (Deutschland) und Straßburg (Frankreich):

60 Jahre NATO sind 60 Jahre zu viel

Gemeinsame Erklärung der französischen und deutschen Friedensbewegung zur Vorbereitung eines Gegengipfels

Mit einem „Doppelgipfel" in Kehl und Straßburg will die NATO im Frühjahr 2009 auf der deutschen und französischen Seite des Rheins ihr 60. Jubiläum feiern. So lautet der Beschluss der 26 Staats- und Regierungschefs beim Gipfeltreffen Anfang April 2008 in Bukarest. Die Friedensbewegung wird aus Anlass des Jubiläumsgipfels mit vielfältigen Aktionen der Information, mit Veranstaltungen und Demonstrationen, mit einem Gegengipfel für eine friedliche und gerechte Welt ohne NATO werben. Am 4. April 1949 war der Vertrag zur Gründung der NATO von zwölf Staaten unterzeichnet worden. Deutschland war 1955 als 15. Mitglied der NATO beigetreten. Frankreich hatte die militärischen Strukturen der NATO 1966 verlassen. Mit der Durchführung des Gipfels in Europa soll zum einen die Absicht des französischen Präsidenten Sarkozy honoriert werden, die französische Armee wieder in die militärischen Strukturen der NATO einzubringen. Zum anderen ist Straßburg Sitz des Europäischen Parlaments. Mit dem Gipfelereignis soll auch die Transformation einer zivilen Europäischen Union in ein Militärbündnis gewürdigt werden, das fest an der Seite der USA und der NATO steht. Mit dem Vertrag von Lissabon hat sich die Europäische Union inzwischen eine kontinuierliche Aufrüstungsverpflichtung auferlegt.

In Frankreich gibt es wenig Zustimmung für Sarkozys demonstrativen Schulterschluss mit den USA und der NATO. In Deutschland wächst die Skepsis gegenüber militärischer Aufrüstung. Die NATO ist nach der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Ende der europäischen Bipolarität zu einem historischen Anachronismus geworden. Zur Verteidigung wird sie nicht mehr gebraucht, weil ihr der Gegner abhanden gekommen ist. Was ihr bleibt und was sie vorantreibt, ist ihre territoriale Ausdehnung bis an die Grenzen Russlands und den pazifischen Raum sowie die Ausweitung ihrer militärischen „Zuständigkeit" weit über die ursprünglichen, im NATO-Vertrag definierten Grenzen hinaus.

Die NATO wandelt sich zügig weiter in ein weltweites Interventionsbündnis, wofür beim jüngsten Gipfel in Bukarest weitere Weichenstellungen vorgenommen wurden. Der sogenannte „Raketenschirm" der USA aus einer Radaranlage in Tschechien und zehn Abfangraketen in Polen wurde unter Dach und Fach gebracht.

Diese angeblich gegen eine Bedrohung aus Iran gerichtete Rüstungsmaßnahme brüskiert Russland. Dies umso mehr, als Kroatien und Albanien in die NATO aufgenommen wurden und der Beitritt der Ukraine und Georgiens lediglich zeitlich verzögert wurde. Die Beteuerungen des Westens, mit Russland auf der Basis gleichberechtigter und partnerschaftlicher Beziehungen koexistieren zu wollen, sind unglaubwürdig.

Denn durch die Erweiterung wird der NATO-Ring um Russlands Westen immer enger. Eine neue Aufrüstungsrunde droht. Die Militärausgaben haben weltweit eine neue Rekordhöhe erreicht. Schon heute tätigen die NATO-Staaten rund 70 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Mit nur einem geringen Teil der hier verschwendeten Gelder ließe sich ein wesentlicher Beitrag zur Errichtung einer friedlichen und gerechten Welt leisten.

Die NATO ist also nicht nur gefährlich und überflüssig, sie ist auch teuer. Die Afghanistan-Strategie der Nato bleibt weiter auf den militärischen Sieg gerichtet. Das bedeutet die Fortsetzung des bisherigen militärischen Einsatzes mit einer unbedeutenden zivilen Komponente. Dieser Kriegslogik entspricht auch die im Abschlussdokument von Bukarest angesprochene Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der Nato. Es geht um die zügige Realisierung einer strategischen Überlegenheit des Westens gegenüber den potenziellen globalen Kontrahenten Russland und China.

Internationale Friedenskonferenz zur Vorbereitung des Natogipfels am 3.4./ April 2009 in Kehl/Straßburg:
Samstag, 4. bis Sonntag, 5. Oktober. Marienheim, Katharinenstr. 4, Stuttgart Süd.

Das im Vorfeld bekannt gewordene Strategiepapier „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World" propagiert die Bereitschaft zum atomaren Erstschlag und zu militärischen Interventionen. Die Autoren aus höchsten NATO-Kreisen betrachten ihr Papier als inhaltliches Angebot für ein neues Strategisches Konzept der NATO für den Gipfel 2009. Sie fordern in an Zynismus kaum zu übertreffender Weise eine „Eskalationsdominanz" zur Sicherung der „westlichen Kultur" und „Lebensweise". Die Gefahr eines Atomkrieges wächst laut Jahresbericht 2007/2008 des Internationalen Konversionszentrums (BICC in Bonn). Wörtlich heißt es, dass „die Vertragsparteien, die über Kernwaffen verfügen und die eigentlich einen Zeitplan für den schrittweisen Abbau ihrer Arsenale vorlegen sollten, de facto genau das Gegenteil tun – nämlich Zeitpläne für die Modernisierung ihrer Waffensysteme aufstellen".

Der das Völkerrecht brechende NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 war eine Zäsur der internationalen Politik nach dem Ende der Blockkonfrontation. Er demonstrierte den Beginn einer Epoche des offenen Einsatzes militärischer Gewalt zur Verwirklichung wirtschaftlicher und machtpolitischer Ziele, um die es auch in den Kriegen gegen Afghanistan und Irak geht. Der „Krieg gegen den Terror" ist inzwischen selbst zum Terror geworden.

Die „Transformation der NATO" wirft eine Reihe politischer und völkerrechtlicher Fragen auf. Ihre „Sicherheitsstrategie" reklamiert das Recht auf „präventive" Angriffskriege gegen jeden Staat der Welt, der im dringenden Verdacht steht, den internationalen Terrorismus zu unterstützen oder Massenvernichtungswaffen herzustellen bzw. weiterzugeben. Diese Strategie droht die Welt in einen chaotischen Zustand politischer Willkür und Instabilität zu stürzen. Völkerrechtlich bedeutet diese Strategie einen Rückfall in die Zeit vor dem Völkerbund, vor dem Kellogg-Pakt 1928 (Ächtung des Krieges) und vor der Charta der Vereinten Nationen (1945), in der den Staaten ein striktes Gewaltverbot auferlegt wurde. Ein ganzes Jahrhundert der Entwicklung eines modernen zivilisierten Völkerrechts droht umsonst gewesen zu sein.

Die Friedensbewegung setzt sich dafür ein, mit der Logik der militärischen Abschreckung, Bedrohung und Kriegsführung zu brechen. Wir wollen eine UNO, die ihren friedenspolitischen Aufgaben gerecht wird, eine zivile Europäische Union und anstelle der NATO ein internationales Sicherheitssystem. Wir wollen vorbeugende Konfliktvermeidung, um Aufrüstung und Kriege, unwürdige Lebensbedingungen, soziale Ungerechtigkeiten und Missachtung der Menschenrechte zu überwinden. Und wir wollen die Einhaltung des Völkerrechts, wie es in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist.

Der NATO-Vertrag von 1949 ist nur noch ein Fetzen Papier. Die logische Folge der Auflösung des Warschauer Vertrags, dem einstigen Militärbündnis der osteuropäischen sozialistischen Staaten, wäre 1991 die Selbstauflösung der NATO gewesen.

Heute stellt sich die Frage der Auflösung der NATO erst recht, ist sie doch selbst zu einer Bedrohung der Welt geworden. Die Friedensbewegung vertritt entschieden den Standpunkt, dass die NATO einen historischen Anachronismus darstellt. Die NATO muss aufgelöst werden.

Berlin/Paris, Juni 2008, Mouvement de la paix und Bundesausschuss Friedensratschlag ■
aus Friedensblätter, Nr. 74, Sept. 2008

Bundesregierung muss Angaben zu Abschiebezahlen 2007 korrigieren

BERLIN. Offensichtlich gab es im Bundesinnenministerium eine Panne beim Zusammenstellen der Zahlen für die Antwort auf eine Kleine Anfrage zu den Abschiebezahlen von 2007. Das fiel vor allem deshalb auf, weil die Zahl der wegen Widerstandshandlungen abgebrochenen Abschiebungen mit über 5500 doch etwas hoch gegriffen schien. Nun musste sich die Bundesregierung noch an anderen Stellen korrigieren:

- die Zahl der Zurückschiebungen an den Landgrenzen war ursprünglich mit 3585 angegeben, nun mit 3226,
- die Zahl der Zurückweisungen an den Landgrenzen war ursprünglich mit 11840 angegeben, nun mit 8377,
- die Zahl der Zurückschiebungen an den Seegrenzen war ursprünglich mit 26 angegeben, nun mit 43,
- die Zahl der Abschiebungen auf dem Luftweg mit Begleitung durch private Sicherheitsdienste war ursprünglich mit 2105 angegeben, nun mit 1626,
- die Zahl der Abschiebungen auf dem Luftweg, die wegen Widerstandshandlungen Betroffener abgebrochen werden musste, war ursprünglich mit 5483 angegeben, nun mit 210,
- die Zahl der Abschiebungen auf dem Luftweg, die wegen medizinischer Gründe abgebrochen werden musste, war ursprünglich mit 77 angegeben, nun mit 56,
- die Zahl der Abschiebungen auf dem Luftweg, die wegen der Weigerung des Flugpersonals abgebrochen werden musste, war ursprünglich mit 51 angegeben, nun mit 59.

Wie es zu der „unzutreffenden Auswertung“ und den eklatant falschen Angaben kommen konnte - die zumindest bei der Zahl der wegen Widerstandshandlungen abgebrochenen Abschiebungen ja augenfällig ist – dazu gab es vom BMI keine Stellungnahme.

Quelle: www.ulla-jelpke.de/news - 16.09.2008 ■

Fast 9.000 Abschiebungen auf dem Luftweg

BERLIN. Im vergangenen Jahr sind 8.953 Personen auf dem Luftweg aus der Bundesrepublik Deutschland abgeschoben worden. Dies teilt die Bundesregierung in einer Antwort (16/10201) auf eine Kleine Anfrage (16/10152) der Linksfraktion mit. Danach erfolgten die meisten Abschiebungen vom Flughafen Frankfurt (4.102), gefolgt von Düsseldorf (1.177) und München (1.013). Die meisten Personen wurden in die Türkei (1.151) und nach Serbien (1.018) abgeschoben. 1.548 auf dem Luftweg abzuschiebende Personen seien durch Angehörige der Bundespolizei oder von Länderpolizeien begleitet worden. Für diese Sicherheitsrückführungen seien dem Bund im Jahr 2007 Kosten in Höhe von 6,8 Millionen Euro entstanden. Wie die Regierung weiter mitteilt, erfolgten 661 Abschiebungen auf dem Landweg und 3 Abschiebungen auf dem Seeweg.

Quelle: jesuiten-fluechtlingsdienst ■

Anhörung zum Kommunalen Ausländerwahlrecht

BERLIN. Der Innenausschuss wird am Montag, den 22. September, in einer öffentlichen Anhörung sieben Sachverständige zur Einführung eines Kommunalen Ausländerwahlrechts anhören. Die Anhörung beginnt um 14 Uhr im Saal 2300 des Paul-Löbe-Hauses und soll drei Stunden dauern. Behandelt werden sollen in der Anhörung ein Gesetzentwurf der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen (16/6628) und ein Antrag der Linksfraktion (16/5904) zur Änderung des Grundgesetzes. Mit der Änderung des Grundgesetzes und nachfolgenden Änderungen der Wahlgesetze sollen die Ausländer, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Landesrecht bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden wahlberechtigt und wählbar sein. *flucht@nds-fluerat.org* ■

Ausstellung über illegale Einwanderer

HANNOVER. Die hannoversche Landesbischöfin Margot Käßmann wird am 30. September in Hannover die Ausstellung „Leben im Verborgenen. Menschen ohne Pass und Papiere in Deutschland“ eröffnen. In Deutschland lebten rund eine Million Menschen ohne gültige Ausweispapiere, also illegal, teilte die Landeskirche am Dienstag mit. Mit der Ausstellung, deren Schirmherrin Käßmann ist, solle um Verständnis für diese Einwanderer geworben werden, hieß es. Jeder Mensch habe ein Recht auf ein Leben in Freiheit und Würde, unabhängig von seinem Aufenthaltsstatus.

Die Ausstellung in der evangelischen Kreuzkirche sei die erste deutschsprachige Schau, in der auch Ton-Dokumente der Betroffenen zu hören seien, hieß es. Auf Tafeln werden Biografien illegaler Einwanderer und die politischen Zusammenhänge dargestellt. Die Ausstellung vom 1. bis 14. Oktober ist jeweils von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Sie ist ein Projekt des Hauses Kirchlicher Dienste in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk der Landeskirche und des hannoverschen Stadtkirchenverbandes sowie dem „Ökumenischen Netzwerk Asyl in der Kirche“.

www.leben-im-verborgenen.de
epd Niedersachsen-Bremen/b2512/09.09.08 ■

Bargeld statt Gutscheine oder Sachleistungen

HANNOVER. Die Fraktion DIE LINKE im Landtag hat von Innenminister Uwe Schünemann gefordert, nicht länger auf die Wertgutscheinpraxis für Flüchtlinge zu bestehen. Wenn Kommunen anstelle von Gutscheinen oder Sachleistungen lieber Bargeld ausgeben möchten, dürfe ihnen die Landesregierung keine Steine mehr in den Weg legen, fordert Pia Zimmermann, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion. „Es ist menschenwürdiger, wenn die Betroffenen mit Geld bezahlen können“, sagt Zimmermann. „Deshalb muss Schünemann seine knallharte Linie aufgeben.“

Ihre Fraktion unterstütze ausdrücklich die Landkreise Aurich und Holzminden, die sich dem Druck des Innenministeriums nicht beugen und die Leistungen an die Flüchtlinge weiterhin in bar auszahlen. Die wiederholten Erklärungen des Ministeriums, das Bundesgesetz sehe die Ausgabe von Wertgutscheinen vor, seien falsch. „Wenn dies so wäre, würden Bremen, Meckl.-Vorpommern, Hessen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, NRW, Sachsen-Anhalt, Berlin und Hamburg gegen das Gesetz verstoßen. Sie zahlen die Leistungen seit Jahren in bar aus“, betont Zimmermann.

Diese Länder hätten sich nicht nur aus humanitären, sondern auch aus finanziellen Gründen für das Prinzip Bargeld entschieden. „Es verursacht weniger Bürokratie und somit auch weniger Kosten“, erklärt Zimmermann. Ihre Fraktion werde in der kommenden Woche einen Antrag in den Landtag einbringen, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, eine detaillierte Kostengegenüberstellung von Barauszahlung und Wertgutscheinausgabe vorzunehmen.

11. September 2008 Pia Zimmermann, innenpolitische Sprecherin
Quelle: linksfraktion-niedersachsen ■

UNHCR-Gutachten kritisiert deutsche Widerrufspraxis

Die Asyl-Widerrufspraxis in Deutschland steht nicht im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und dem Europarecht. Tausende von Flüchtlingen haben deshalb in den letzten Jahren ihren Status zu Unrecht verloren. Zu diesem Ergebnis kommt ein neues Rechtsgutachten des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) für den Europäischen Ge-

Ohne Papiere, aber voller Hoffnung

www.espoirs.info

Etwa 200 bis 400.000 Menschen leben ohne Papiere in Frankreich. Viele kommen aus Westafrika, zumeist arbeiten sie schon lange Jahre auf Baustellen, im Hotel und Gaststättengewerbe. Insgesamt leben etwa 5,6 Millionen Migranten in Frankreich, in Deutschland etwa 8 Millionen.

Seit dem April 2008 streiken und besetzen viele dieser „illegalen“ Arbeiter ihre Baustellen und anderen Arbeitsplätze. Gewerkschaften wie die CGT, die Sud-Solidaires und die CNT unterstützen diese Bewegungen und bieten den Streikenden Unterstützung und Schutz.

Seit dem 3. Juli, am Tag unseres Besuchs seit 71 Tagen, besetzt und belagert eine Gruppe von 88 Arbeitern aus Mali die Zentrale der Zeitarbeitsfirma MAN/BTP, die sie auf die Baustellen der großen Baufirmen vermittelt. Demonstrationen vor den Zentralen der Bauunternehmen führten zu ersten Verhandlungen mit den Auftraggebern.

Zumeist vor einigen Jahren ins Land gekommen, angestellt mit falschen Papieren von Bekannten, bezahlen sie Steuern, aber bekommen dennoch keine Papiere. Die Präfekturen lehnen ab, weil sie keine Dauerbeschäftigung vorweisen können. Die Zeitarbeitsfirmen stellen ihnen immer wieder kurzfristige Arbeitsverträge aus, obwohl sie schon seit Jahren – manche über 10 Jahre – bei denselben Bauunternehmern auf den verschiedenen Baustellen beschäftigt sind.

Sie fordern von Bouygues, enger Vertrauter von Präsident Sarkozy, Chef des größten Bauunternehmens Frankreichs, und anderen Baukapitalisten unbefristete Arbeitsverträge. Die Präfektur will diese Arbeitsverträge sehen. Die Unternehmen verlangen umgekehrt gültige Papiere, um diese Verträge auszustellen. Die Streikenden wollen diese absurde Logik zerbrechen. Sie wollen endlich die gleichen bürgerlichen Rechte wie die französischen Kollegen. Sie wollen keine Angst mehr haben vor den Razzien in den Wohnheimen, den Kontrollen auf der Straße und keine Sorge, sofort ausgewiesen zu werden. Die Familien und Angehörigen in Mali warten auf ihre monatlichen Überweisungen. 1/3 der Bevölkerung in Mali lebt von den Überweisungen aus den Metropolen.

Im Stadtteil rund um den Gare du Nord gibt es viel Solidarität, erzählen sie uns bei unserem Besuch. Sie sind auch weithin sichtbar, belagern die Zeitarbeitsfirma, haben Zelte auf dem Trottoir aufgebaut, Tag und Nacht sind sie präsent trotz Ramadan. Stühle, Tische, Matratzen schaffen ein dörfliches Ambiente. Die Bande der 88 – insgesamt 88 Arbeiter, mehr als die Hälfte aus Mali – haben sich formiert und wollen endlich anerkannt werden. Der Priester aus der St. Vincent-Paul im Stadtteil wird sie in sein Gebet einschließen und einige gehen sogar in die sonntägliche Andacht.

Ihr Leben hat sich verändert. Sie erfahren viel menschliche Unterstützung. Getränke und Essen werden vorbeigebracht. Diskussionen mit den Unterstützern und untereinander werden geführt. Sie sind sehr stolz darauf, dass das Streikkomitee der 88 allein verantwortlich ist für die Entscheidungen. Ratschläge und Ideen nehmen sie aber gerne an. Auch die Polizei beobachtet von der Straßenecke und aus der Ferne das Geschehen.

Gewerkschaften unterstützen diesen Kampf. Hier bei der Zeitarbeitsfirma ist es die Sud - Solidaires, anderswo an anderen Streikorten ist es vor allem die CGT, die von Anfang an eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung spielte. Alle Streikenden entdecken die Nützlichkeit von Gewerkschaften, um ihre Selbstbestimmung und Selbstorganisierung zu fördern. Eine ganz neue Erfahrung für viele der Streikenden!

whj, pb ■



Belagerung der Zentrale der Zeitarbeitsfirma MAN/BTP rund um die Uhr

Ich bin für eine massive Regulierung. Es gibt viel Heuchelei bei den Patrons, zumeist kennen sie die rechtlose Situation der Beschäftigung genauso wie die Regierung und nutzen sie aus. / Philippe Lorrain - 62 Jahre - Rentner

Totale Regulierung. Ob lange oder kurz im Lande, das macht keinen Unterschied für mich. Wenn die Unternehmen sie einstellen für die schweren Arbeiten, dann brauchen sie diese Menschen. Gleichzeitig nutzen sie die billige Arbeitskraft./ Emilie 19 Jahre - Studentin

Alle regularisieren. Sie sind mutig, Gesicht zu zeigen, ohne Papiere riskieren sie die Ausweisung. Sie wollen hier arbeiten, lassen wir sie in Ruhe hier leben. Die brutale Ausbeutung muss ein Ende haben. / Janssen Esteban - 25 Jahre - Soldat

Leser-Zitate mit Bild und Namen aus dem Le Parisien vom 7.9.2008 / größter Tageszeitung in Paris/

Das Streik-T-Shirt



richtshof in Luxemburg. Aufgrund der derzeit vorherrschenden Auslegung in Deutschland wurde z.B. seit der militärischen Invasion multinationaler Truppen im Irak im Jahre 2003 bis Ende 2007 systematisch der Flüchtlingsstatus von über 17.000 Irakern in Deutschland widerrufen. Die durch tägliche Anschläge geprägte allgemeine Sicherheitslage, die prekären Lebensbedingungen und die faktisch fehlende staatliche Autorität in einigen Teilen des Landes wurden dabei als nicht relevant für den Widerruf eingestuft. Das vollständige UNHCR-Rechtsgutachten ist in englischer Sprache unter www.unhcr.org/eu abrufbar.

Quelle: jesuiten-fluechtlingsdienst ■

5. Europäisches Sozialforum eröffnet

Nach der gestrigen Eröffnung (18.9.) des 5. Europäischen Sozialforums im schwedischen Malmö setzte heute mit vollem Schwung der eigentliche Arbeitsprozess ein. Einer der Schwerpunkte war, wie ein ‚anderes, soziales, nichtmilitarisiertes Europa' auschauen könnte. Gleichzeitig fanden dazu zwei Veranstaltungen statt. Während in der ersten vor allem die neoliberalen Angriffe auf die ArbeitnehmerInnenrechte problematisiert wurden, ging es in der zweiten um mögliche Alternativen zum ‚Europa der Banken, Konzerne und Generäle'. Im Mittelpunkt standen die Vorstellungen der ‚Charta für ein anderes Europa', die in einem dreijährigen Diskussionsprozess erarbeitet wurde. Die Charta umfasst Punkte wie ‚Die Verteidigung der öffentlichen Dienste ist ein Kernstueck des anderen Europa', ‚Die Kommerzialisierung und die Verkümmerung des Wissens, der Bildung und der Forschung müssen aufhören' oder ‚Jeder Mensch, der sich dauerhaft auf dem Gebiet Europas niederlässt, erhält seine Staatsbürgerschaft mit allen entsprechenden Rechten".

In der spannenden Debatte betonte Paolo Beni ARCI) aus Italien, dass die Umsetzung solcher Forderungen nicht das bloße Ergebnis von institutionellen Veränderungen sein kann, sondern dass es dazu ‚breiter sozialer und politischer Mobilisierungen bedarf '.

Eine Demonstration fand gleich vor Ort statt. 500 Personen gingen zu Mittag auf die Straße, kritisierten die Abschottungspolitik der ‚ Festung Europa' und skandierten ‚Kein Mensch ist illegal'.

Hermann Dworczak,
Aktivist im Austrian Social Forum/ASF ■

ver.di Fachtagung zur SIREN-Studie

Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut

Ende Juni lud ver.di zu einer Fachtagung mit Prof. Gudrun Hentges und Dr. Jörg Flecker um die Ergebnisse ihres Forschungsprojektes, der SIREN-Studie zu diskutieren. Mit dem SIREN-Projekt wurden europaweit von 2001–2004 die Ursachen für die Erfolge rechtspopulistischer Parteien erforscht.

Schon seit Längerem stellt Rechtspopulismus kein nationales Phänomen mehr dar, sondern nimmt europaweit zu. Die nationalen rechtspopulistischen Parteien haben sich vernetzt und stehen in engem Kontakt zueinander. So werden z.B. rechtspopulistische Größen aus verschiedenen EU-Ländern auf dem „Anti-Islamisierungs-Kongress" im September in Köln sprechen, der von der rechtspopulistischen Bewegung Pro NRW organisiert wird.

Im Gegensatz zum traditionellen Rechtsextremismus, der Demokratie und Menschenrechte explizit ablehnt, gibt sich der Rechtspopulismus ein „bürgerliches Aussehen". Er bezieht sich jedoch gleichfalls auf die Ideologie einer angenommenen Ungleichheit von Menschen (auf Grund ihrer „Rasse", ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Kultur). So lehnt auch der Rechtspopulismus eine multikulturelle Gesellschaft ab. Stattdessen propagiert er eine homogene Gemeinschaft, in der das einzelne Individuum sich den Gemeinschaftsinteressen unterordnen soll.

Eine gängige Erklärung für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien ist der sozioökonomische Wandel. Ergebnis der SIREN-Studie ist, dass der Erfolg rechtspopulistischer Parteien darauf basiert, dass es ihnen gelingt, sowohl die GewinnerInnen, als auch die VerliererInnen der ökonomischen Umbrüche, die durch die Globalisierung zunehmen, anzusprechen. Mit neoliberalen Positionen, z.B. zum Sozialabbau, durch den staatliche Sozialleistungen und Transferleistungen zurückgeschraubt werden sollen, sprechen sie die GewinnerInnen des ökonomischen Wandels an: VertreterInnen einer „Leistungsideologie", die sich gegen vermeintliche „Sozialschmarotzer" und gegen MigrantInnen richtet.

Gleichzeitig greifen rechtspopulistische Parteien die soziale Frage auf, indem sie in Deutschland versuchen, die Proteste gegen die Hartz-Gesetzgebung und die Globalisierungskritik für sich zu instrumentalisieren. Traditionelle Eliten („die da oben" etc.) werden ebenso pauschal für die soziale Misere verantwortlich gemacht,wie MigrantInnen ausgegrenzt und abgeschoben werden sollen, damit diese nicht weiter mit den „Einheimischen" um Arbeitsplätze und leere Sozialkassen konkurrieren können.



In der anschließenden Diskussion um gewerkschaftliche Gegenstrategien betonten die TeilnehmerInnen, Rassismus und Rechtsextremismus stärker zum Thema unter Gewerkschaftsmitgliedern machen zu wollen und durch Bildungsarbeit und Fortbildungen Betriebs-, Personal und Vertrauensleute zum Thema zu schulen. Einig war man sich, dass damit der Kampf gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Armut und Konkurrenzdruck einher gehen muss, damit sozioökonomischer Wandel solidarisch und nicht durch Rassismus und Ausgrenzung gestaltet werden kann.

Mit „Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut – Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz" herausgegeben von Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges sind im Frühjahr 2008 die Ergebnisse der SIREN-Studie publiziert worden. Der Sammelband führt in den theoretischen Hintergrund ein und erläutert die Entwicklung des Rechtspopulismus. Den Entwicklungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz sind jeweils eigene Kapitel gewidmet. In einem gesonderten Teil wird der Einfluss von Prekarität und Exklusionserfahrungen auf rechtspopulistische Einstellungen untersucht.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt September 2008" ■

Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut: Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Butterwege, Christoph/ Hentges, Gudrun (Hrsg.), Barbara Budrich Verlag, 2008

Fluchtversuche

In dem Buch schildert Mirko Sabanovic sein Leben bis zur Abschiebung aus Deutschland. 11-jährig kommt Mirko mit seiner Roma-Familie wegen des Krieges in Jugoslawien nach Deutschland. In Berlin setzt er das fort, was er in der Heimat von seinen Eltern gelernt hat. Er stiehlt. Immer wieder wird er von seinem Vater und seiner Mutter misshandelt, er geht auf den Strich und erlebt zum ersten Mal durch Homosexuelle Zuneigung und Akzeptanz. Trotz mancher Hilfsangebote rutscht er ab und wird drogenabhängig. Vor dem Richter sagt er: „Sehr geehrtes Gericht, ich weiß, dass ich schuldig bin, dass ich wieder kriminell geworden bin. Ich schäme mich und bereue alles, was ich gemacht habe. … Seit meinem siebten Lebensjahr wurde ich geschlagen, misshandelt und gequält. Ich musste alles tun, was meine Eltern von mir wollten. Zweimal haben sie mich angezündet und schwer verbrannt, weil ich nicht klauen gehen wollte und ausgerissen bin.… Ich habe mit Drogen angefangen. Immerhin haben mir die Drogen geholfen, meine Probleme eine Zeit lang zu vergessen. Einerseits tat mir das sehr gut, andererseits wurde ich dadurch noch öfter straffällig. Darum möchte ich mich bei meinen Opfern entschuldigen, denen ich das Portemonnaie gestohlen habe.“ Nach dieser Rede vor Gericht kommt er in die Abschiebehaft Köpenick, wo ihn sein auch dort inhaftierter Bruder zusammenschlägt.

Ungeschminkt erzählt Miro von seiner Familie, dem Haftalltag im Abschiebe-gewahrsam, von seinem Leben auf dem Strich, den Diebstählen und all der menschlichen Dunkelheit in ihm und um ihn herum. Er liebt seinen Freund Robert und enttäuscht ihn wieder und wieder. Er liebt seinen kleinen Bruder Dalibor und sorgt sich, dass er den gleichen Weg beschreitet wie er selbst.

Hans Peter Hauschild hat Miros Geschichte herausgegeben und versucht sein Leben mit verschiedenen Ansätzen zu deuten. „...Miro, das Opfer, ist bei Gott kein Engel, sondern eine Zumutung, eine Frechheit auf zwei Beinen.… Seine Telefonanrufe werden immer verwirrter, was daran liegen könnte, das er wieder exzessiv Drogen konsumiert, die er nicht verträgt.“ Sowohl in der Lebensbeschreibung Miros wie auch in der Betrachtung seiner Lebensumstände wird die Frage nach Gut und Böse gestellt. Dies geschieht ohne einseitige Rollenzuweisungen wie die „bösen Behörden“, „der typische Sozialschmarotzer“, „der arme Zigeunerjunge“, „die unschuldige westliche Gesellschaft“ oder ähnlichem. Fragen werden unter anderem an das Ausländerrecht, an das Strichermilieu, an Mirko selbst und an die westliche Moral gestellt. Das einfühlsame Buch fasziniert durch seine Ehrlichkeit, die Vielschichtigkeit des Lebens und die ungelösten Aufgaben, die sich durch Mirkos Leben ergeben.

Hans Peter Hauschild, Fluchtversuche, 186 Seiten, kartoniert, EUR 12, ISBN 978 3 939542 32 2

Verborgen

Für Menschen, die sich rechtlich illegal in Deutschland aufhalten, bedeutet Krankheit ein fast unlösbares Problem. Theoretisch ist ihnen zwar der Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen möglich, praktisch führt eine solche Inanspruchnahme jedoch zu einer Aufdeckung des illegalen Status, meist verbunden mit Abschiebung. Dieses Dilemma führt dazu, dass Krankheiten verschleppt werden, sich so chronifizieren oder verbreiten können. Eine häufige Folge ist außerdem, dass schwangere Frauen in eine prekäre Situation geraten. Die vorliegende Analyse untersucht die Gesundheitssituation und -versorgung versteckt lebender Migrantinnen und Migranten in Deutschland und der Schweiz hinsichtlich der folgenden Bereiche: Gesundheitliche Situation und Belastung, Rechtliche Rahmenbedingungen, Gesundheitliche Versorgung, Lösungsverschläge, Die Rolle der Pflege.

Mareike Tolsdorf, Verborgen. Gesundheitssituation und -versorgung versteckt lebender MigrantInnen in Deutschland und in der Schweiz. Geleitwort von Dr. Dagmar Domenig und Dr. Angelika Zegelin. 2008. 249 Seiten, EUR 29.95, ISBN 978-3-456-84554-8

Quelle: jesuiten-flüchtlingsdienst ■

Dokumentarfilm: Unsichtbare Hausarbeiterinnen

In dem Dokumentarvideo erzählen fünf Frauen ihre Geschichten und was es für sie jeweils bedeutet, in Deutschland ohne Papiere zu leben. Sie erzählen von der ständigen Gefahr, abgeschoben zu werden, von ihrer Arbeit in Privathaushalten in extremer Abhängigkeit von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, aber auch von den Strategien, die sie entwickeln, um sich in dieser Situation zu behaupten.

Vertreterinnen und Vertreter von zwei Beratungsstellen (ZAPO: Zentrale Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa und IN VIA: Beratungsstelle für von Frauenhandel betroffene Frauen) sprechen über die (sehr begrenzten) Möglichkeiten der Beratungsstellen, die Hausarbeiterinnen in Fällen von Lohnbetrug, sexueller Gewalt oder drohender Abschiebung zu unterstützen. Sie wollen auf die Situation der Frauen aufmerksam machen und eine Diskussion darüber anregen, was sich auf gesellschaftspolitischer Ebene verändern müsste, um den Frauen zumindest ihre grundlegenden Menschenrechte garantieren zu können.

Was auch in Deutschland möglich werden könnte, zeigt das Beispiel von Kalayaan, einer Organisation zur Unterstützung illegalisierter Hausarbeiterinnen in London. Eine Vertreterin der Organisation gibt im Video einen kleinen Einblick in die Situation und in die Organisierung von Hausarbeiterinnen in Großbritannien.

Von der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten mit und ohne Papiere in Deutschland berichtet eine Vertreterin der Gruppe SoLatina. Das Video dokumentiert auch die Verlesung des Manifests dieser Gruppe bei einer Veranstaltung der Internationalen Liga für Menschenrechte im Haus der Kulturen der Welt, Berlin, zumThema „Menschen ohne Papiere“ mit der Forderung: Bleiberecht für alle!

Der Film kann im Internet zum Selbstkostenpreis bestellt werden. VHS-Videokassette,35 Euro, www.lasotras.de/Ostras.vias@berlin.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Antisemitismus und Anti-Islamismus

Junge Freiheit Nr. 38/08
vom 12. September 2008

Neben einer erneuten Anzeige für den sogenannten Anti-Islamisierungs-Kongress der rechtsextremen pro köln Wählergruppe befasst sich Blatt-Autorin Doris Neujahr in dieser Ausgabe mit dem Geschäftsführer des Zentralrats der Juden, Stephan J. Kramer. Sie unterstellt ihm aggressive Medienarbeit und kommt am Ende zu dem Ergebnis: „Er wolle gar nicht wissen, ‚wie schlimm es in Deutschland aussähe, wenn die Leugnung des Holocaust nicht strafbar wäre‘, hat Kramer zur Forderung von Ex-Verfassungsrichter Wolfgang Hoffman-Riem nach einer Reform des Paragrafen 130 Strafgesetzbuch geäußert. – Nun, Kramers Macht würde geringer, das Land dafür ein wenig freier und heller. Was ist daran schlimm?“ Warum Doris Neujahr es „ein wenig freier und heller“ findet, wenn die systematische Ermordung von Millionen Jüdinnen und Juden während der Nazi-Herrschaft geleugnet werden darf, erläutert sie nicht. Die Auffassung, dass Freiheit Lüge bedeutet, mag in rechtsextremen Kreisen verbreitet sein – an den historischen Tatsachen ändert es nichts und die Leugnung von Verbrechen dient allemal ihrer Vertuschung. *uld* ■

Große Unterstützung für pro köln

Junge Freiheit Nr. 39/08
vom 19. September 2008

Zum Wochenende der geplanten und am Widerstand der Antifaschistinnen und Antifaschisten geplatzten Anti-Islamierungs-Konferenz in Köln kommt das Blatt mit 4 großen Artikeln einschließlich des Aufmacherartikels auf Seite 1 heraus – „Angst vor der Islamisierung – in den europäischen Metropolen regt sich Widerstand gegen die Überfremdung durch einen aggressiven Islam und den Bau von Großmoscheen.“ Warum Islam aggressiv ist und was Überfremdung heißen soll, belegt das Blatt wie selbstverständlich nicht. Stattdessen lässt sich Udo Ulfkotte wie folgt über den Islam aus: „Es gibt viele kulturelle Unterschiede, die zwangsläufig zu Spannungen führen müssen, weil nicht wenige Verhaltensweisen des islamischen Kulturkreises mit dem westlichen Kulturkreis nicht kompatibel sind.“ Worin diese kulturellen Unterschiede bestehen sollen, worin die Zwangsläufigkeit der Spannungen besteht – kein Beleg dafür. Der Beleg ist auch schwer zu finden, genauso gut hätte Ulfkotte schreiben können, „weil nicht wenige Verhaltensweisen des evangelischen Kulturkreises mit dem katholischen Kulturkreis nicht kompatibel sind“ – wovon das westliche Europa ja lange Zeit ausging und was für mehr als einen Krieg als oberflächliche Begründung diente. Tatsächlich hat sich auch in der Wirklichkeit der Bundesrepublik über einige Jahrzehnte herausgestellt, das Menschen unterschiedlicher Religionen und unterschiedlicher kultureller Herkünfte gut zusammenleben, Familien gründen, gemeinsam arbeiten, gemeinsam gewerkschaftliche und politische Auseinandersetzungen führen können. *uld* ■

Die Aula im Wahlkampf und gegen „Israelisierung“

Österreich. Die rechtsextreme Aula stellt sich in ihrer aktuellen Ausgabe voll und ganz in den Dienst der Sache. So titelt das „freiheitliche Magazin“ mit FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache, auch die Rückseite ziert FPÖ-Wahlwerbung. Im Heft macht sich die Grazer FPÖ-Politikerin Susanne Winter, bekannt als Leserbriefschreiberin im neonazistischen Magazin PHOENIX, Sorgen um den „heimische[n] Nachwuchs“. Dass dieser von „blonde[n], blauäugige[n] Frauen“ kommen muss, hat jüngst der oberösterreichische FPÖ-Obmann und gelegentliche Aula-Autor Lutz Weinzinger verlangt (OÖN, 15. 9. 2008). Auch Winter glaubt hinter der „Maske der steigenden Geburtenzahlen [...] die traurige Realität von steigender Überfremdung“ erkennen zu können. Und so hat sie Angst, dass „in wenigen Jahrzehnten [...] die Österreicher in Graz nichts mehr ‚zu melden haben'“. Diese Weltsicht teilt die Politikerin mit ihrem Sohn Michael, Landesobmann des Ringes Freiheitlicher Jugend (RFJ), der diese „Multikulti-Zustände“ ebenfalls für unzumutbar hält (Die Aula 9/2008, S. 7).

Einmal mehr beklagt das FPÖ-Urgestein Otto Scrinzi die „Umwertung aller Werte“ und dass „heute bestenfalls den Staatsanwalt“ beschäftige, was „einst das Koppelschloss der Waffen-SS zierte, nämlich ‚Unsere Ehre heißt Treue'“(ebenda, S. 10). Auch das Verbot des Hakenkreuzes stößt der Aula immer noch sauer auf: So beschwert man sich, dass nun gegen jenen Neonazi ermittelt wird, der beim Begräbnis von Friedhelm Busse in Passau diesem eine Reichskriegsflagge samt Hakenkreuz ins Grab nachgeworfen hat (ebenda, S. 19).

Vor allem aber finden sich in der aktuellen Aula zahlreiche antisemitische Bezüge. Johann F. Balvany behauptet etwa, Ungarn sei „Israels europäischer Brückenkopf“: Ursprünglich nach Israel ausgewanderte und geflohene Jüdinnen und Juden „sickerten nach der Budapester Regimewende 1990 sehr zahlreich zurück und fassten schnell in Politik, Wirtschaft und Kultur Fuß“. Alles in allem trete Israel „allmählich in die Fußstapfen der sowjetischen Besatzungsmacht“, komme es zu einer „Israelisierung Ungarns“ (ebenda, S. 25). Aber auch in der Türkei sieht man überall „Juden“, sogar Staatsgründer Atatürk habe versucht, seine angeblichen „jüdischen Wurzeln zu verbergen“ (ebenda, S. 29). Die „Juden“ haben in der Aula nun nicht mehr nur den Untergang des Zarenreiches zu verantworten, sondern auch den des Kalifats. Bis heute seien in der Türkei „viele Generäle [...] jüdischer Herkunft, ebenso Inhaber von Schlüsselstellen in Medien und Wirtschaft“. (Ebenda, S. 30) *Quelle: www.doew.at* ■



Die Aula 9/2008, S. 24
Antisemitismus im Bild: Den „Juden“ wird auch die Schuld am jüngsten Krieg zwischen Georgien und Russland zugeschrieben ...